



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Horban, Katharina:

Zwischen institutionalisiertem Glauben und sozialer
Gerechtigkeit.

Polens und Argentiniens gegensätzliche
Abtreibungspolitik.

Bachelorarbeit, Sommersemester 2021

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.77426>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2021

Katharina Horban

**Zwischen institutionalisiertem
Glauben und sozialer Gerechtigkeit:
Polens und Argentiniens
gegensätzliche Abtreibungspolitik.**

Bachelorarbeit bei
Prof. Dr. Petra Stykow
2021

Gliederung

1 Einleitung.....	04
2 Theoretischer Rahmen.....	06
2.1 Forschungsstand.....	06
2.2 Das Advocacy Coalition Framework (ACF).....	08
3 Post-autoritäre Abtreibungspolitik in Polen und Argentinien.....	15
3.1 Polen: traditionell restriktiv und repressiv.....	16
3.2 Argentinien: allmählich permissiv.....	19
4 Anwendung des ACF auf Entwicklungen im Jahr 2020.....	22
4.1 Relativ stabile Parameter.....	22
4.2 Politische Überzeugungen und Bildung von Koalitionen.....	25
4.3 Ressourcenmobilisierung innerhalb jeder Koalition.....	34
4.4 Politikwandel.....	36
5 Fazit.....	42
Literaturverzeichnis.....	45

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Bestandteile des Belief-Systems von Koalitionen.....	09
Abb. 2: Das Advocacy Coalition Framework.....	11
Abb. 3: Wege zu größerem Politikwandel.....	12
Abb. 4: Tweet von Donald Tusk.....	29
Abb. 5: Tweet von Papst Franziskus.....	29
Abb. 6: Tweet von Alberto Fernández.....	39

Abkürzungsverzeichnis

ACF	Advocacy Coalition Framework
o.S.	ohne Seite
P	Porozumienie
PiS	Prawo i Sprawiedliwość
PJ	Partido Justicialista
PO	Platforma Obywatelska
PRO	Propuesta Republicana
SP	Solidarna Polska

1 Einleitung

Im Oktober und November 2020 fanden in Polen die größten Proteste gegen eine Regierung seit 1989 statt (Gnauck 2020) – und zwar wegen der Verschärfung des Abtreibungsrechts: Das Verfassungsgericht hatte neu entschieden, dass Frauen mit einem schwer fehlgebildeten Kind nicht mehr abtreiben dürfen. Rund 87 Prozent der Polen¹ sind Katholiken und so war der Slogan der Demonstrierenden „Meine Gebärmutter ist keine Kapelle“ (Pallokat 2020f). Noch 2016 schien eine weitere Verschärfung unwahrscheinlich – selbst Politiker der Regierungspartei Prawo i Sprawiedliwość (im Folgenden: PiS) sprachen sich gegen ein totales Verbot aus, dies wäre gesellschaftlich nicht durchsetzbar (Szelewa 2016a, S. 759-760).

In Argentinien hingegen, mit einem Katholikenanteil von rund 90 Prozent, stimmte der Senat im Dezember 2020 nach wochenlangen Protesten für eine Legalisierung – und gab so dem jahrelangen Kampf der Frauenbewegung statt, die ab 2015 durch die *Ni Una Menos*-Bewegung gegen Gewalt an Frauen noch einmal stärker Fahrt aufgenommen hatte (Phillips, Booth und Goñi 2020): Der Name (deutsch: Nicht eine weniger) wurde gewählt, da nicht noch eine Frau durch einen Femizid zu Tode kommen dürfe. 2018 noch scheiterte der Vorstoß bezüglich der Legalisierung von Abtreibung am konservativen Senat, 2020 brachte der Präsident der Mitte-links-Regierung persönlich das Gesetz ein.

Anhand der Untersuchungseinheiten Polen und Argentinien wird die gesellschaftliche und politikwissenschaftliche Relevanz folgender Fragestellung klar, die diese Bachelorarbeit untersuchen möchte: Warum gab es 2020 in den stark katholisch geprägten Staaten Polen und Argentinien gegensätzlichen Politikwandel im Bereich der Abtreibungspolitik?

Bezüglich der Fallauswahl ist festzuhalten, dass Polen und Argentinien als stark katholische Staaten als Typical Case nach Seawright und Gerring (2008) einzustufen sind: Denn diese sind typische Vertreter von Ländern, deren Gesellschaft stark von konservativen und religiösen Werten geprägt ist. Das vorliegend relevante Puzzle liegt also innerhalb der Fälle; es gilt, den neuesten Politikwandel der Abtreibungspolitik in einem small-n Fallvergleich zu untersuchen. Zudem sind beide Fälle, wie bereits eingangs angerissen, jeweils für sich genommen unerwartet; unter den konkreten realweltlichen Bedingungen hätte man mit ihrem Auftreten nicht gerechnet.

¹ In dieser Bachelorarbeit wird das generische Maskulinum verwendet. Dies ist geschlechtsunabhängig zu verstehen. Soweit möglich, werden geschlechtsneutrale Bezeichnungen verwendet.

Durch die Schwerpunktsetzung in der Moralpolitik und Public Policy wird auf einen breiten, bereits existierenden Forschungsstand aufgebaut. Der Mehrwert dieser Bachelorarbeit liegt darin, dass sie aktuelle Entwicklungen mit langfristig bestehenden Haltungen im politischen System und den Gesellschaften Polens und Argentiniens verknüpft.

Dafür wird sich des Advocacy Coalition Framework (im Folgenden: ACF) bedient, mit dem die Bildung von Koalitionen samt derer Belief-Systeme, die Ressourcenmobilisierung innerhalb jeder Koalition sowie letztendlich die Entstehung von Politikwandel untersucht wird. Das ACF gilt mittlerweile als eines der etabliertesten Analyseraster für Public Policy (vgl. Sabatier 1988; Sabatier 1998; Sabatier und Jenkins-Smith 1999; Sabatier und Weible 2007a, b; Henry et al. 2014): „The ACF depicts the policy process as adversarial competition where actors form and maintain coalitions, engage in analytical debates with the potential for learning, and advocate for their preferred policy problems and alternatives“ (Henry et al. 2014, S. 300).

Ziel dieser Bachelorarbeit ist es, anhand des Fallvergleichs aufzudecken, welche Umstände zu den quasi gegensätzlichen Outcomes in Polen und Argentinien im Jahr 2020 geführt haben. So wird in Kapitel 2 zunächst der analytische Rahmen aufgestellt: Dafür wird Abtreibung als Moralpolitik erst im Forschungsstand verortet, woraufhin im Anschluss die konzeptionellen Grundlagen des ACF, seine Anwendung außerhalb von (West-)Europa und Nordamerika sowie die vorliegend relevanten Untersuchungsparameter thematisiert werden. Um in Kapitel 4 den Politikwandel 2020 untersuchen zu können, geht Kapitel 3 zunächst einmal auf die Ausgangslage der post-autoritären Abtreibungspolitik in Polen und Argentinien ein – und macht deutlich, wie sich zum Teil bereits hier die für 2020 relevanten Koalitionen gemäß des ACF herausgebildet haben. Davon ausgehend wird in Kapitel 4 das ACF auf den neuesten Politikwandel in beiden Staaten angewendet, wobei relativ stabile Parameter sowie externe Ereignisse auf das Policy-Subsystem Abtreibung treffen: In diesem bilden sich verschiedene Koalitionen aufgrund ihrer unterschiedlichen Belief-Systeme, mobilisieren ihre Ressourcen, verfolgen im Rahmen des jeweiligen politischen Systems Strategien für den von ihnen favorisierten Politikwandel und erreichen schließlich ein Policy-Outcome. Im Fazit werden die wichtigsten Faktoren resümiert, die für den Politikwandel in Polen und Argentinien ausschlaggebend waren.

2 Theoretischer Rahmen

Im Folgenden werden der für diese Arbeit relevante Forschungsstand, zentrale Konzepte sowie theoretische Zusammenhänge genauer dargelegt. Zuerst ist jedoch eine definitorische Eingrenzung von Abtreibung sinnvoll, die die Ausgangslage für den Fallvergleich darstellt:

„Abortion, the expulsion of a fetus from the uterus before it has reached the stage of viability (in human beings, usually about the 20th week of gestation). An abortion may occur spontaneously, in which case it is also called a miscarriage, or it may be brought on purposefully, in which case it is often called an induced abortion.“ (The Editors of Encyclopaedia Britannica 2019, o.S.)

Ganz grundlegend kann die politische Handhabung von Abtreibung auf vier Wegen stattfinden: So wird die Möglichkeit zu einem Schwangerschaftsabbruch (1) religiös interpretiert, (2) als Mittel der Bevölkerungspolitik eingestuft, (3) im Kontext von Public Health gesehen oder (4) als grundlegendes Menschenrecht von Frauen betrachtet (Hildebrandt 2015, S. 419).

2.1 Forschungsstand

Wie kaum ein anderes Thema auf der politischen Agenda basiert Abtreibung auf einem die Gesellschaft polarisierenden Wertekonflikt. Das zeigen gerade die jüngsten Verschärfungen bzw. totalen Verbote in US-Bundesstaaten wie Arkansas, Ohio, Georgia und Texas – aber auch die Legalisierung in Irland 2018: „Bei diesen Themen neigen Akteure dazu, moralische Argumente zu verwenden, um ihre politischen Interessen durchzusetzen“ (Knill, Preidel und Nebel 2015, S. 15). So gilt Abtreibung als Moralpolitik – und ist in der Literatur dabei dem moralpolitischen Themenkomplex zuzuordnen, der sich mit Leben und Sterben auseinandersetzt (vgl. Heichel, Knill und Schmitt 2013; Knill 2013; Knill, Preidel und Nebel 2015; Nebel und Hurka 2015). In diesem geht es um „fundamental problems“ (Heichel, Knill und Schmitt 2013, S. 324) – also moralpolitische Grundsatzfragen, bei denen schon eine verhältnismäßig kleine Änderung gesellschaftliche Proteste hervorrufen kann (Heichel, Knill und Schmitt 2013, S. 324). Davon ausgehend erscheint eine Verortung von Abtreibung im Bereich der manifesten Moralpolitik sinnvoll: Im Gegensatz zur latenten Moralpolitik spielen hier individuelle Überzeugungen, Werte und Glaubensfragen eine entscheidende Rolle, wohingegen wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Fragen eher zweitrangig sind. Religion und die mit ihr verbundenen Akteure sind deshalb von immenser Bedeutung für diesen Politikbereich (Knill 2013, S. 312). Eine stark religiös geprägte Gesellschaft beeinflusst, wie die Regierung mit Abtreibung umgeht – nach wie vor gilt: „God is still very much alive“ (Budde et al. 2018, S. 46).

Folglich stellt sich die Frage, wie es zu einem Wandel der Abtreibungspolitik kommt und welche Rolle die verschiedenen Akteure dabei innehaben. Anhand der Untersuchungseinheiten Polen und Argentinien wird deutlich, wie sich die Literatur Akteuren bzw. Entwicklungen innerhalb (vgl. Heinen und Portet 2010; Blofield und Ewig 2017; Blofield, Ewig und Piscopo 2017; Gwiazda 2020) und außerhalb der jeweiligen Regierungen widmet (vgl. Fuchs 2013; Król und Pustułka 2018; Hall 2019; Daby und Moseley 2021) – sowie in vergleichender Perspektive die respektiven Policies adressiert (vgl. Blofield 2008; Noguera 2014; Grzymała-Busse 2015a; Hildebrandt 2015). So ist gerade bei Abtreibungspolitik die Konstellation der beteiligten Akteure hochkomplex. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf das Verhältnis von Staat und Kirche² gelegt bzw. auf die Analyse, wie wirkmächtig der Klerus im jeweiligen Land überhaupt ist (vgl. Borowik 2002; Heinen und Portet 2010; Requena und Stanek 2014; Grzymała-Busse 2015b; Grzymała-Busse 2016; Grzymała-Busse und Slater 2018; Calkin und Kaminska 2020).

Jedoch fehlt es bisher an einer nennenswerten Zahl transkontinentaler Fallstudien: Zwar erscheint ein innereuropäischer oder inneramerikanischer Fallvergleich aufgrund ähnlicher politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zunächst sinnvoller. So untersucht Grzymała-Busse (2015a) jeweils Irland und Italien, Polen und Kroatien sowie die USA und Kanada mit Blick darauf, wie die Kirche die nationale Politik beeinflusst. Auch Calkin und Kaminska (2020) haben die innereuropäische Variante gewählt, indem sie Irland und Polen bezüglich der Rolle der Kirche im Politikfeld Abtreibung analysieren. Und Blofield und Ewig (2017) verbinden das Puzzle linker Regierungen und deren Abtreibungspolitik in Lateinamerika – mit dem Ergebnis, dass der Typ von linker Regierung entscheidend ist, ob Abtreibung zunehmend restriktiv oder eher liberal gehandhabt wird. Doch weist gerade ein Fallvergleich, der sich über regionale Grenzen hinwegsetzt, einen hohen Erkenntnisgewinn auf. Um Argentinens Weg zur Legalisierung herauszuarbeiten, eröffnet Noguera (2019) einen Fallvergleich mit den USA: Begründet wird dieser durch das wegweisende Supreme Court-Urteil *Roe v. Wade* von 1973, und Irland als Trendsetter für Argentinien mit seinem Referendum von 2018, das dort schließlich zur Legalisierung führte. Solch einen transkontinentalen Fallvergleich möchte diese Bachelorarbeit bewerkstelligen. Dies bietet sich deshalb an, da aufgrund der Aktualität der Thematik der Wandel der Abtreibungspolitik in Polen und Argentinien bisher kaum politikwissenschaftlich untersucht wurde.

² In dieser Bachelorarbeit ist die Bezeichnung Kirche gleichbedeutend mit katholischer Kirche zu verstehen. Auf andere religiöse Organisationsformen wird nicht eingegangen.

2.2 Das Advocacy Coalition Framework (ACF)

Bereits wenige Jahre nach der Ausarbeitung des ACF durch Sabatier (1988) hatte es sich zu einem der etabliertesten Analyseraster für Public Policy entwickelt – und erstaunt heute durch diverse Anwendungsmöglichkeiten: Anfangs noch im Bereich der US-amerikanischen Umwelt- und Energiepolitik verortet, fanden mit der Zeit auch Anwendungen in Politikfeldern wie etwa Bildung, nationale Verteidigung und Geschlechterdiskriminierung statt (Sabatier und Jenkins-Smith 1999, S. 125-127). Die Anwendbarkeit des ACF auf Moralpolitik ist zudem explizit zu bejahen. Auch diese wird durch Koalitionen dominiert, die von Belief-Systemen gelenkt werden. Mittlerweile gilt das ACF trotz seiner Bezeichnung als Framework als Theorie, da es seit 1988 kontinuierlich weiterentwickelt wurde (Sabatier und Jenkins-Smith 1999, S. 152-155).

Nun wird erst auf die theoretischen Grundlagen des ACF eingegangen, um dann eine strukturelle Übersicht der Theorie zu bieten, ihre Anwendung außerhalb von (West-)Europa und Nordamerika zu erörtern und abschließend die Untersuchungsparameter herauszuarbeiten.

Theoretische Grundlagen des ACF:

Das ACF ermöglicht es, Public Policy nicht als singulären Status Quo, sondern als prozessuale Entwicklung zu verstehen (Henry et al. 2014, S. 301). Um die Bildung von Koalitionen und Politikwandel aber mithilfe des ACF zu analysieren, erfolgt nun eine Festlegung auf drei theoretische Annahmen, die den Grundstein für die Theorie bilden. So zeichnet sie sich dadurch aus, dass sie nicht auf einer Ebene verbleibt, sondern Makro-, Mikro- und Mesoebene verbindet:

„(1) a macro-level assumption that most policymaking occurs among specialists within a policy subsystem but that their behavior is affected by factors in the broader political and socioeconomic system; (2) a micro-level ‘model of the individual’ that is drawn heavily from social psychology; and (3) a meso-level conviction that the best way to deal with the multiplicity of actors in a subsystem is to aggregate them into ‘advocacy coalitions’.“
(Sabatier und Weible 2007a, S. 191-192)

Darüber hinaus wird sich an mehreren Voraussetzungen des ACF orientiert: Zunächst einmal erfordert die Erforschung von Politikwandel und den darin gegebenenfalls enthaltenen Reifeprozessen der Akteure eine langfristige Perspektive von mindestens zehn Jahren (Sabatier 1988, S. 131; Sabatier und Jenkins-Smith 1999, S. 118). Auch wenn die Entwicklungen im Jahr 2020 im Fokus stehen, haben sich die relevanten Akteurskonstellationen und Koalitionen schon in den Vorjahren bzw. zum Teil schon seit Ende des autoritären Regimes in Polen 1989/1990 und der Militärdiktatur in Argentinien 1983 gebildet. Die langfristige Perspektive ist also gewahrt.

Auch ist relevant, dass Public Policy stark von Belief-Systemen geprägt ist (siehe Abb. 1): So werden Akteure politisch aktiv, weil sie Dinge auf eine bestimmte Art wahrnehmen und von Wertvorstellungen geprägt sind (Henry et al. 2014, S. 300). Politische Überzeugungen und Handlungen werden also gemeinsam analysiert, um die Akteure mit der Zeit zu beobachten (Sabatier 1988, S. 131-132; Sabatier und Jenkins-Smith 1999, S. 119-120). Man unterscheidet zwischen einem (normativen) Hauptkern, Policy-Kern und sekundären Aspekten, die zwecks ihrer Reichweite und Erwartbarkeit von Veränderungen in gegensätzlicher Beziehung stehen:

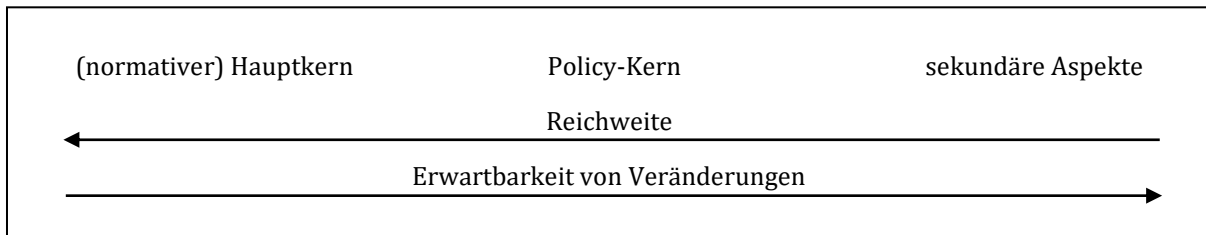


Abb. 1: Bestandteile des Belief-Systems von Koalitionen angeordnet nach Reichweite und Erwartbarkeit von Veränderungen (eigene Darstellung nach Sabatier 1988, S. 145).

Während (1) unter dem (normativen) Hauptkern allgemeine Kategorisierungen vorgenommen werden wie die Einteilung der Parteien in ein Links-Rechts-Spektrum und (2) der Policy-Kern grundsätzliche normative Einstellungen sowie Wahrnehmungen durch die Koalitionen thematisiert, geht es (3) bei den sekundären Aspekten um spezifischere Ausprägungen eines Sachverhalts (Sabatier 1998, S. 102-104).

So ist das Level an Zustimmung innerhalb einer Koalition am höchsten im (normativen) Hauptkern – und nimmt davon ausgehend bis hin zu den sekundären Aspekten graduell ab (Sabatier 1988, S. 146). Folglich ändert sich der (normative) Hauptkern einer Koalition mit der Zeit wohl kaum wesentlich – diese kann aber Liberalisierungen oder Verschärfungen des Status Quo favorisieren, den sie vertritt. Im Umkehrschluss lässt sich resümieren, dass eine Koalition deswegen nach Macht strebt, weil sie ihren Policy-Kern in Politik umsetzen will (Sabatier 1988, S. 148): Die Belief-Systeme der Koalitionen prägen also ganz entscheidend die Politik.

Zudem konzentriert sich das ACF bei der Untersuchung von Wandel auf Policy-Subsysteme. Demnach stehen Akteure im Vordergrund, die am gleichen oder ähnlichen Thema arbeiten (Sabatier 1988, S. 131; Sabatier und Jenkins-Smith 1999, S. 119). Ein Policy-Subsystem umfasst „the group of people and/ or organizations interacting regularly over periods of a decade or more to influence policy formulation and implementation within a given policy area“ (Sabatier und Jenkins-Smith 1999, S. 135). Für diese Arbeit sind reife Policy-Subsysteme relevant, die sich dadurch auszeichnen, dass sie seit mindestens zehn Jahren bestehen (Sabatier und

Jenkins-Smith 1999, S. 135-137). Solch ein Subsystem besteht aus einer Vielzahl von Akteuren, was dessen Analyse komplex macht: Um die Akteure greifbarer zu machen, aggregiert das ACF sie zu Koalitionen (Sabatier und Weible 2007a, S. 196). Diese stehen nun im Fokus.

Strukturelle Übersicht des ACF:

In Anlehnung an Abb. 2 wird dargestellt, wie das ACF Politikwandel erklärt. Da Abb. 2 quasi einen Policy-Zyklus veranschaulicht, ergibt sich der Wandel dadurch, dass der Zyklus andauernd zu verschiedenen Sachverhalten abläuft – und sich wegen mehrerer solcher Zyklen Stagnation oder Wandel im jeweiligen Policy-Subsystem vollziehen kann.

Maßgeblich ist zuallererst, dass die verschiedenen Überzeugungen entscheidend für den Erfolg eines Akteurs sind. Denn der setzt sein Belief-System nicht allein in Politik um – sondern sucht sich dafür Gleichgesinnte mit einem ähnlichen Belief-System, um koordiniert ein gemeinsames Vorhaben zu verfolgen. So bilden sich Koalitionen (Sabatier und Weible 2007b, S. 128). Diese werden als „people from a variety of positions (elected and agency officials, interest group leaders, researchers) who share a particular belief system [...] and who show a non-trivial degree of coordinated activity over time“ definiert (Sabatier 1988, S. 139).

Wie sich die Koalitionen verhalten, wird maßgeblich durch zwei exogene Komponenten beeinflusst. Zum einen sind das relativ stabile Parameter, die grundlegende Eigenschaften des Policy-Subsystems, Verteilungsperspektiven natürlicher Ressourcen, gesellschaftlich-kulturell beeinflusste Wertvorstellungen und die grundsätzliche verfassungsrechtliche Struktur beinhalten können. Anfällig für Wandel sind diese Parameter auch über mehrere Jahrzehnte kaum. Anders sieht es bei den externen, das Subsystem beeinflussenden Ereignissen aus: Diese sind dynamischer, da sie sozioökonomische Gegebenheiten, öffentliche Meinung, Regierungszusammensetzung, sowie Einflüsse anderer Subsysteme auf das vorliegend relevante System umfassen – und Änderungen in diesen Faktoren leichter möglich sind (Sabatier und Weible 2007a, S. 192-193): „[...] change in one of these dynamic factors is a necessary condition for major policy change“ (Sabatier und Weible 2007a, S. 193).

Darüber hinaus beeinflusst das Level an Übereinstimmung zwischen den Koalitionen, inwieweit es zu größerem Politikwandel kommt. Maßgeblich verknüpft ist dies mit der politischen und verfassungsrechtlichen Ausgestaltung der jeweiligen Untersuchungseinheiten. Hier kann es starke nationale Unterschiede geben – je nachdem, welche institutionalisierten

Einigungshürden existieren (Sabatier und Jenkins-Smith 1999, S. 148). Die Koalitionen zeichnen sich im Weiteren durch bestimmte Ressourcen aus, wie etwa einen besonderen Draht zur Bevölkerung, Geldmittel, die Hoheit über maßgebliche Kommunikationskanäle und den Zugang zu Ämtern mit Entscheidungsbefugnis in Politik und Justiz (Sabatier und Weible 2007b, S. 129): „While belief systems will determine the direction in which an advocacy coalition [...] will seek to move governmental programs, its ability to do so will be critically dependent upon its resources“ (Sabatier 1988, S. 143). Im Umkehrschluss ergeben sich so auch Beschränkungen, wenn Koalitionen über bestimmte dieser Ressourcen nicht verfügen. Daraus entsteht potenziell ein Nachteil gegenüber anderen Koalitionen im Policy-Prozess.

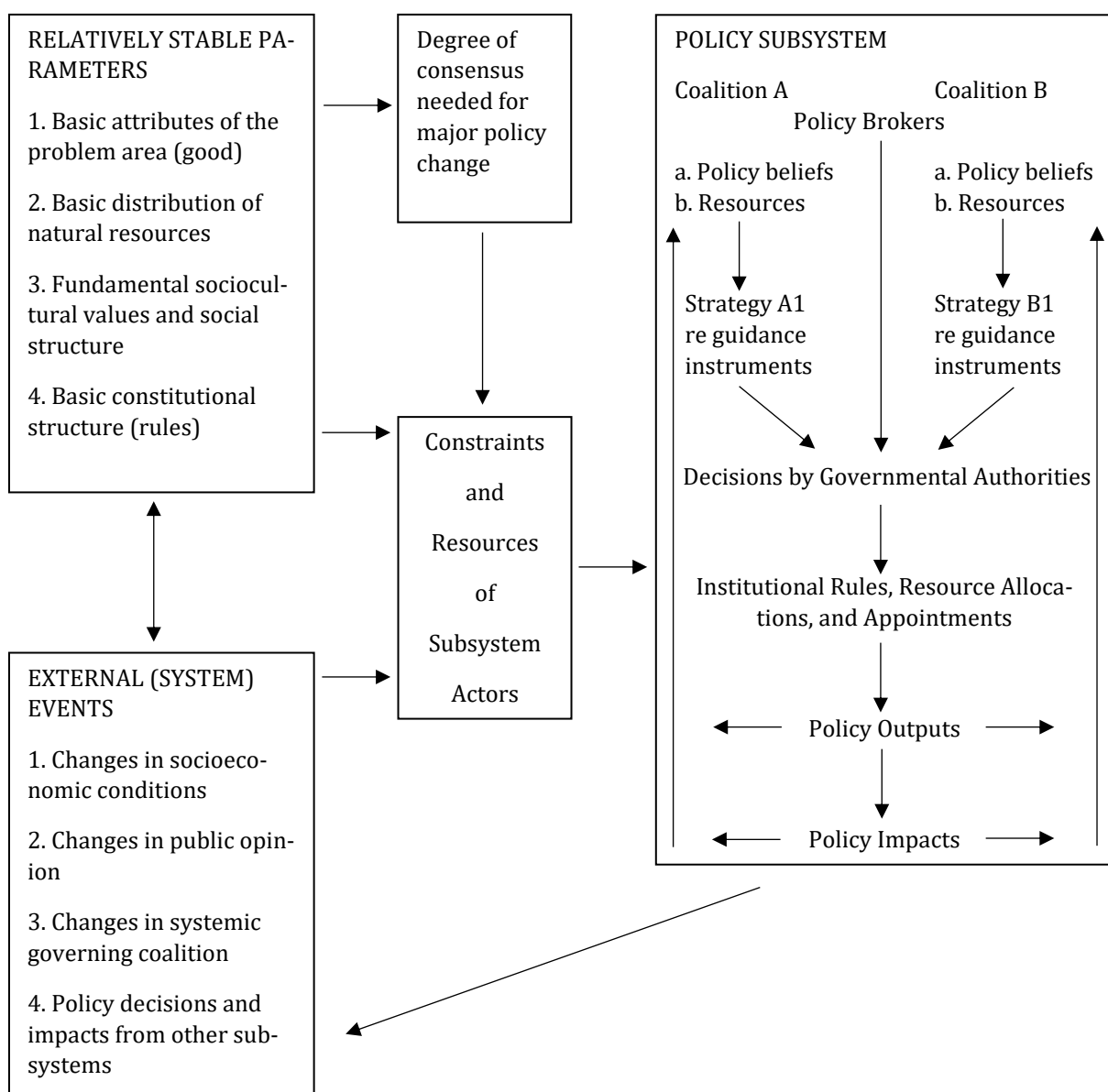


Abb. 2: Das Advocacy Coalition Framework (Darstellung nach Sabatier und Jenkins-Smith 1999, S. 149).

Auf Grundlage ihrer Belief-Systeme und der Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen, formulieren die Koalitionen ihre Policy-Strategien, um den Politikwandel zu ihren Gunsten durchzusetzen. Eine Art Mediationsrolle übernimmt dabei gegebenenfalls der Policy Broker, der sich um eine Kompromisslösung für die Koalitionen bemüht (Sabatier 1988, S. 133). Das ist gerade in polarisierenden Politikfeldern wie Abtreibung wichtig (Sabatier und Weible 2007b, S. 128-129). Wurde die Debatte um den Wandel in einer geeigneten Arena ausgetragen, folgt die Entscheidung durch Regierungsorgane bzw. die Regierung mit ihrer Entscheidungsautorität (siehe Abb. 2). Die Phase der Politikformulierung ist somit abgeschlossen. Es beginnt die Phase der Politik-Implementation und Evaluation bezüglich der Auswirkungen der Policy.

Auf die Frage, wie es aber zu wirklichem Wandel statt einer Stagnation kommt, wenn der Policy-Zyklus wie in Abb. 2 regelmäßig durchlaufen wird, liefert Abb. 3 Antworten: Erst einmal ist kleinerer von größerem Wandel zu unterscheiden. "Major change is change in the policy core aspects of a governmental program, whereas minor change is change in the secondary aspects. Thus, it is the topic and the scope of policy change that determine whether it is major or minor" (Sabatier und Jenkins-Smith 1999, S. 147). Kleinerer Politikwandel ist wahrscheinlicher und tritt häufiger auf: Während Koalitionen sogar beschließen können, sich von ihren sekundären Aspekten zu distanzieren oder die vom Belief-System einer fremden Koalition zu übernehmen, würden sie dasselbe mit dem Policy-Kern einer fremden Koalition nicht tun (Sabatier 1988, S. 148). Von theoretischem Interesse ist aber vor allem, wann es zu größerem Wandel kommt: Dieser tritt laut Sabatier und Jenkins-Smith (1999) sowie Sabatier und Weible (2007a) in Folge vier möglicher Szenarien ein – policy-orientiertem Lernen, externen Störungen oder Schocks, internen Schocks oder einer ausgehandelten Vereinbarung (siehe Abb. 3).

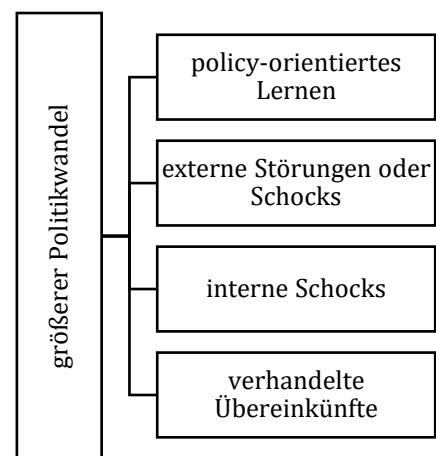


Abb. 3: Wege zu größerem Politikwandel (eigene Darstellung nach Sabatier und Weible 2007a, S. 198-207).

Während Koalitionen sogar beschließen können, sich von ihren sekundären Aspekten zu distanzieren oder die vom Belief-System einer fremden Koalition zu übernehmen, würden sie dasselbe mit dem Policy-Kern einer fremden Koalition nicht tun (Sabatier 1988, S. 148). Von theoretischem Interesse ist aber vor allem, wann es zu größerem Wandel kommt: Dieser tritt laut Sabatier und Jenkins-Smith (1999) sowie Sabatier und Weible (2007a) in Folge vier möglicher Szenarien ein – policy-orientiertem Lernen, externen Störungen oder Schocks, internen Schocks oder einer ausgehandelten Vereinbarung (siehe Abb. 3).

In der ursprünglichen Version des ACF konzentrierte sich Sabatier (1988) auf das policy-orientierte Lernen: Politikwandel durch einen Lernprozess wird damit begründet, dass die Koalitionen mit der Zeit ihre Kernargumente mit zusätzlicher Expertise verbessern. Davon ausgehend erfolgt Wandel, wenn die Koalitionen zu dem Schluss kommen, dass sich der jeweilige Diskurs weiterentwickelt hat und sie deshalb ihre Politik anpassen sollten. Auch ist Wandel möglich,

wenn die Koalitionen ihr „understanding of logical and causal relationships internal to a belief system“ ändern (Sabatier 1988, S. 150) – um die von ihnen angestrebten Policy-Outcomes näher an den Hauptkern ihres Belief-Systems heranzurücken. Des Weiteren können auch äußere Einflüsse dazu führen, dass Koalitionen ein Thema (teilweise) anders sehen und dementsprechend Anpassungen an ihrer Politikformulierung vornehmen (Sabatier 1988, S. 149-151).

Zweitens, stellen externe Schocks eine weitere Möglichkeit für größeren Wandel dar: Das sind verschiedene Faktoren (siehe Abb. 2), welche die öffentliche Meinung und politische Agenden beeinflussen oder Prioritäten neu anordnen können. Sie sind so wirkmächtig, dass sie gegebenenfalls den (normativen) Hauptkern einer Koalition ändern (Sabatier und Weible 2007a, S. 198-199). Ergänzend dazu haben Sabatier und Weible (2007a) eine dritte Möglichkeit hinzugefügt: Auch interne Schocks können zu Wandel führen. Während externe Faktoren sich dadurch definieren, dass sie außerhalb der Kontrolle der Akteure liegen, ist dies bei den internen Faktoren nicht der Fall. Sie führen dazu, dass schwächere Koalitionen gestärkt werden – da die dominante Koalition wahrscheinlich politische Fehler gemacht hat. Durch einen internen Schock ist eine Umverteilung der für Wandel maßgeblichen Ressourcen möglich. Zur Folge hat das eine Umordnung der Hierarchie, in der sich die Koalitionen befinden (Sabatier und Weible 2007a, S. 204-205): „Internal and external shocks differ in that an internal shock directly questions policy core beliefs of the dominant coalition, while the relevance of those beliefs is less clear in the case of an external shock“ (Sabatier und Weible 2007a, S. 205).

Viertens, ist festzuhalten, dass es nicht immer einen externen oder internen Schock gibt: Auch verhandelte Übereinkünfte zwischen Koalitionen mit eigentlich gegensätzlichen Belief-Systemen können zu größerem Politikwandel führen. Es gibt mehrere Faktoren, mittels derer diese Verhandlung möglich wird: Zuallererst ist das bildlich gesprochen ein Steinchen im Schuh bei der Koalitionen – also ein unangenehmer Status Quo, der so nicht länger hingenommen werden kann und deshalb verändert werden soll. Zudem spielen für eine Übereinkunft vor allem die Art der personellen Zusammensetzung der Koalitionen, Führungskultur und Atmosphäre innerhalb des Forums, transparente und gleichberechtigte Finanzierung, Dauer und Ausgewogenheit der hinzugezogenen Quellen eine Rolle (Sabatier und Weible 2007a, S. 205-207).

Anwendung außerhalb von Nordamerika und (West-)Europa:

Von 1988 bis 1999 hat sich die Literatur bei der Anwendung des ACF ausschließlich auf Nordamerika und (West-)Europa konzentriert: Daher begründet sich die Kritik, dass sich die Theorie nur auf pluralistische Staaten anwenden ließe – wo die Bildung von Koalitionen und ihre Einflussnahme auf den Policy-Prozess grundsätzlich ohne Druck passiert. Mittlerweile hat sich der Diskurs jedoch dahingehend bewegt, dass die Weiterentwicklung des ACF bzw. seine Anpassung an verschiedene politische Systeme anerkannt wird – auch wenn der geografische Fokus gleich geblieben ist: Von insgesamt 224 Anwendungen des ACF wurden 27 nicht in Nordamerika und (West-)Europa vorgenommen (Henry et al. 2014, S. 301-303). Die Entwicklung hin zu mehr geografischer Diversität wurde 1998 mit der Feststellung eingeleitet, dass die meisten Autoren, die das ACF bis dahin außerhalb von Nordamerika und in (West-)Europa angewandt hatten, das ACF als gemeinhin nützlich erachtet hätten für ihr jeweiliges Forschungsinteresse (Sabatier 1998, S. 120). Auch zu bejahen ist die Anwendbarkeit des ACF auf post-autoritäre Staaten (Sabatier 1998, S. 121-122).

Vorliegend relevante Untersuchungsparameter:

In Anlehnung an die Sonderausgabe des *Journal of Comparative Policy Analysis*, welche die Generalisierbarkeit des ACF mithilfe von Fallstudien in China, Indien, Kenia und den Philippinen untersucht, werden nun die für diese Bachelorarbeit relevanten Untersuchungsparameter herausgearbeitet (vgl. Henry et al. 2014; Han, Swedlow und Unger 2014; Montefrio 2014; Gupta 2014; Kingiri 2014). Entscheidend ist dabei, dass für die Fallstudien stets das gesamte ACF angewendet und sich nicht etwa auf Teilaspekte der Theorie konzentriert wurde. Das ist auch der Anspruch dieser Bachelorarbeit – mithilfe des ACF soll der Policy-Prozess bis zur vollendeten Politikformulierung nachvollzogen werden.

Dafür erfolgt zunächst die Analyse ausgewählter Faktoren aus dem Bereich der relativ stabilen Parameter, die mit den externen Ereignissen in Wechselwirkung stehen. Des Weiteren stehen die Belief-Systeme bzw. politischen Überzeugungen der relevanten Akteure im Fokus, wovon ausgehend untersucht wird, wie sich diese Akteure zu den 2020 relevanten Koalitionen zusammenschlossen – und welche Rolle gegebenenfalls Policy Broker für den Wandel der Abtreibungspolitik gespielt haben. In einem nächsten Schritt wird sich den Handlungsmöglichkeiten der Koalitionen gewidmet; denn diese brauchen bestimmte Ressourcen und Arenen, um ihre Agenden auch verfolgen zu können. Aufbauend auf diesen Untersuchungen erörtert das letzte

Unterkapitel, wie es in beiden Staaten 2020 zu dem eigentlichen Politikwandel kommen konnte, wo doch der Policy-Zyklus ähnlich wie 2016 in Polen (weitere Verschärfung verhindert) und 2018 in Argentinien (Legalisierung verhindert) durchlaufen wurde. Hierfür wird sich der Unterscheidungskriterien von kleinerem und größerem Politikwandel sowie der möglichen Wege zu größerem Politikwandel bedient.

3 Post-autoritäre Abtreibungspolitik in Polen und Argentinien

Mehr als 12300 Kilometer sind Polens und Argentiniens Hauptstädte voneinander entfernt. Aber im Januar 2021 fiel folgende Verbindung zu Argentinien auf, als das neue anti-Abtreibungsgesetz in Polen am 27. Januar in Kraft trat: Bei den sich daran anschließenden Demonstrationen trugen führende Aktivistinnen grüne Kopftücher – in Anlehnung an die argentinische Frauenbewegung, deren Markenzeichen die Farbe Grün ist (kein Autor 2021b).

Wie lassen sich also die Politikfelder Abtreibung in Polen und Argentinien charakterisieren? Und gelten diese überhaupt als Policy-Subsysteme im Sinne des ACF? Aufbauend auf dem zentralen Argument des ACF, dass für eine Analyse von Politikwandel ein Zeitraum von mindestens zehn Jahren erforderlich ist, werden nun die wichtigsten Entwicklungen der post-autoritären Abtreibungspolitik in Polen und Argentinien skizziert – mit dem Ziel, diese jeweils als Policy-Subsystem einzugrenzen. Wichtig dafür sind auch bestimmte Erfahrungen aus der autoritären Phase beider Länder: So lässt sich bei der Analyse, wie sich das Verhältnis zwischen Kirche und autoritärem Regime auf die heutige religiöse Verfasstheit von Polen und Argentinien – und damit auch auf die Handhabung der Abtreibungspolitik – ausgewirkt hat, zwischen einem „internal political conflict“ und „external threat“ unterscheiden (Requena und Stanek 2014, S. 352). Während die Kirche in Polen das kommunistische Regime als äußere Bedrohung wahrnahm und sich auf die Seite der Polen stellte, legitimierte die Kirche in Argentinien die Militärdiktatur und befand sich so in einem internen politischen und gesellschaftlichen Konflikt – da sie unter anderem buchstäblich ihren Segen zu staatlich durchgeführten Folteraktionen gab. Davon ausgehend wird nun die Ausgangslage für den Politikwandel 2020 dargestellt.

3.1 Polen: traditionell restriktiv und repressiv

Abtreibung wird in Polen vielfach instrumentalisiert und war auch eines der Schlüsselthemen im Demokratisierungsprozess: Seit 1989/ 1990 wirken Koalitionen darauf ein – bzw. haben das Thema erst so richtig politisiert, nachdem Abtreibung 1956 im kommunistischen Polen legalisiert wurde. Noch heute ist im nationalen Selbstverständnis verankert, dass die Legalisierung der Bevölkerung von den feindlichen Besatzern quasi aufgezwungen wurde (Szelewa 2016a, S. 745-747; Grzymała-Busse und Slater 2018, S. 546-547). Identitätspolitische Grundlage für die aktuell restriktive Abtreibungspolitik ist die Gleichung Pole = Katholik, die sich über Jahrzehnte hinweg etabliert hat. Dementsprechend besteht eine einzigartig enge Wechselwirkung zwischen beiden Seiten der Gleichung (Heinen und Portet 2010, S. 1008): Das darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass das eine moderne Entwicklung ist – bis zum Zweiten Weltkrieg war Polen ein multireligiöser und -nationaler Staat (Grzymała-Busse 2015a, S. 149-150).

Die aktuelle Gleichung, das heißt die Fusion von Nation bzw. später Staat und Kirche, resultiert daher, dass sich der Klerus während des kommunistischen Regimes auf die Seite der politischen Opposition stellte und diverse zivilgesellschaftliche wie karitative Funktionen für das Volk ausfüllte (Borowik 2002, S. 240-242). Aber erst ab den 1970er Jahren schützte die Kirche nicht mehr nur sich selbst gegen die Einflussnahme des kommunistischen Regimes – sondern trat im Konflikt mit diesem auch offen für andere ein (Grzymała-Busse 2015a, S. 151). Man kann also bezüglich der Entstehung des religiösen Nationalismus von einem „religious struggle against the state“ sprechen (Grzymała-Busse und Slater 2018, S. 549). So wurde die Kirche schon fast dank des sowjetischen Regimes zu einem „symbol of freedom, and the hope of regaining political autonomy and democratic life“ (Borowik 2002, S. 241).

Der Einfluss der Kirche nach 1989 resultiert aber auch daher, dass sie Folgendes erreichte: „[...] not only to play an important role in stabilizing communist rule and to obtain policy compromises from the communist regime, but also to achieve the institutional access that would make its influence in democratic politics [...] surprisingly immune to popular disapproval“ (Grzymała-Busse 2015a, S. 146). Öffentliche Debatten über das Belief-System der Kirche gab es erstmal nicht (Borowik 2002, S. 242). Gestärkt wurde diese Autorität nur noch mehr, da die Kirche 1980-1981 zwischen der aus streikenden Arbeitern bestehenden Solidarność-Bewegung und dem kommunistischen Regime eine Vermittlerrolle eingenommen hatte – und zu einer Art Dachorganisation für Regimekritiker wurde (Grzymała-Busse 2015a, S. 152-153).

Nach dem Fall der Sowjetunion wurde diese Position nur noch mehr gefestigt, da die Kirche die einzige Institution im Land war, die schon vor 1945 bestanden hatte: Genutzt hat sie das optimal, indem sie die Durchsetzung ihrer wichtigsten Forderung – ein Abtreibungsverbot – schon im Winter 1988/ 1989 eingeleitet hatte und sich dafür mit konservativen Abgeordneten zusammenschloss (Ramet 2006, S. 286). Darüber hinaus mischte sich der Klerus unter anderem in die Parlamentswahlen 1991 ein und fuhr Kampagnen gegen die in seinen Augen nicht ausreichend katholischen Kandidaten, tat bei den Debatten um die neue demokratische Verfassung sein Belief-System kund und veröffentlichte bei den Präsidentschaftswahlen 1995 einen offenen Brief mit einer Wahlempfehlung für anti-Abtreibungskandidaten (Borowik 2002, S. 242-244). Die neue demokratische Regierung aber brauchte die Kirche ebenfalls, als Institution mit hoher Legitimität in der Bevölkerung war sie angehalten – im Tausch gegen institutionalisierten Zugang zur Macht – für Regierungspolitik zu werben (Grzymała-Busse 2015a, S. 159-162). Schon die Betrachtung der ersten Jahre nach 1989 verdeutlicht, wie die Kirche Abtreibung im post-autoritären Polen entscheidend mitgeprägt hat:

„There is no doubt that it will continue to be important; the Church in the last decade has moved quickly to create itself as a political institutional actor and simultaneously put itself outside of the discourse of civil society, which seems to be much more important for the future of religion.“ (Borowik 2002, S. 250-251)

Abtreibungspolitik war (und ist) also eines der wichtigsten Themen für die Kirche in Polen: Um diese nach 1989 auch gemäß ihrem Belief-System durchzusetzen, verortete sie den Diskurs in der Moralpolitik – und brachte Personal- und Gesetzesvorschläge zugunsten des angestrebten Verbotes ein. So sprachen Politiker immer seltener von Abtreibung als Recht, sondern framt den Diskurs so, dass ungeborenes Leben stets geschützt werden müsse – und dass für das Fortbestehen Polens bzw. zur Verhinderung einer erneuten Dezimierung der Bevölkerung ein Verbot unerlässlich sei (Grzymała-Busse 2015a, S. 158-165). Abtreibung wurde sogar explizit mit dem Holocaust verglichen (Szelewa 2016a, S. 744-745).

1993 schließlich erfolgte die Kriminalisierung durch den Abtreibungskompromiss, womit dem wichtigsten Policy-Anliegen der Kirche größtenteils stattgegeben wurde: Abtreibung wurde kriminalisiert, während der neue demokratische Staat noch im Aufbau war – was dazu führte, dass dieses Verbot quasi im nationalen Selbstverständnis verankert wurde (Szelewa 2016a, S. 743). Der Klerus stimmte schließlich mit der Bedingung zu, dass es kein Referendum über das Policy-Issue geben dürfe (Grzymała-Busse 2015a, S. 175). Seit 1993 gibt es die rechtliche Grundlage für ein Abtreibungsverbot – außer in drei Fällen:

*„1. if the pregnancy constitutes a threat to the life or health of the mother;
2. if a prenatal examination or other medical reasons point to a high probability of severe and irreversible damage to the foetus or on an incurable life-threatening disease; and
3. if there is a confirmed suspicion that the pregnancy is a result of a criminal act.“*
(Szelewa 2016a, S. 750)

Diese müssen von einem anderen Mediziner als dem behandelnden Arzt und im Fall des dritten Merkmals von einem Staatsanwalt bestätigt werden. Schon seit 1991 aber gilt die Gewissensklausel, nach der Mediziner Patientinnen ablehnen können aufgrund ihrer moralischen Überzeugungen (Szelewa 2016a, S. 748-750). Aber selbst wenn jemandem eine legale Abtreibung zustünde, ist der illegale Weg oft einfacher (Mishtal 2015, S. 154).

Jedoch gab es auch Versuche Abtreibung zu liberalisieren: Im August 1996 schaffte es unter der sozialdemokratischen Regierung von Ministerpräsident Włodzimierz Cimoszewicz ein viertes Tatbestandsmerkmal durch das Parlament, welches das Gesetz von 1993 insoweit ergänzen sollte, dass es Abtreibung auch wegen schwieriger Lebensumstände der Mutter erlaubte. Im Mai 1997 wurde es aber, nach diversen Lobby-Anstrengungen konservativer Akteure, vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig befunden – da es das von der Verfassung garantierte Recht auf und den Schutz von Leben verletze: Auch wenn dieser Vorstoß unter einer linken Regierung geschah und den theoretischen Annahmen bezüglich einer Liberalisierung von Blofield (2008) entspricht, ist festzustellen, dass das Gesetz von 1993 bestehen blieb und spätere linke Koalitionen wie etwa von 2001-2005 keine Änderungen mehr versuchten (Szelewa 2016a, S. 751-753). Abgesehen von diesem singulären Vorstoß gibt es zumindest eine Konstante auf der Seite der Abtreibungsbefürworter: Die dortige Frauenrechtsbewegung ist eine der etabliertesten in Ostmitteleuropa, was sich darauf zurückführen lässt, dass das kommunistische Regime die Bildung kleiner feministischer Gruppierungen duldete. Für diese hat sich vor allem der Weg vor Gericht und strategische Prozessführung bewährt, wo sie auf nationaler wie auf EU-Ebene wichtige Erfolge erringen konnte – siehe zum Beispiel 2007 der Fall Alicja Tysiąg vs. Polen vor dem EuGH, der Tysiącs Klage stattgab: Bei ihrer dritten Schwangerschaft war Alicja Tysiąg 2000 eine Abtreibung verwehrt worden, obwohl für sie die Gefahr bestand, dadurch endgültig zu erblinden – und das erste Tatbestandsmerkmal eindeutig vorlag (Fuchs 2013, S. 26-30; Krol und Pustułka 2018, S. 371-372).

So lässt sich resümieren, dass Koalitionen auf beiden Seiten der moralpolitischen Debatte Abtreibung als eigenständigen bzw. etablierten Diskurs sehen und ebenfalls auf beiden Seiten

Institutionen mit themenspezifischer Expertise stehen (Sabatier und Jenkins-Smith 1999, S. 136): Folglich lässt sich die Abtreibungspolitik in Polen eindeutig als Policy-Subsystem im Sinne des ACF charakterisieren, „in the Polish abortion conflict, Catholic-conservative, state-socialist, and modern liberal ideas and gender concepts continue to clash“ (Szelewa 2016a, S. 29).

3.2 Argentinien: allmählich permissiv

Auch in Argentinien ist Abtreibung Gegenstand eines jahrzehntelangen Diskurses, an dem verschiedene Koalitionen teilnehmen – generell finden sich in Südamerika Länder mit den weltweit restriktivsten Abtreibungsregelungen (Kulczycki 2014, S. 64). In Argentinien war das auch lange der Fall, nennenswerter politischer Druck in Richtung einer Liberalisierung wurde nicht ausgeübt (Blofield 2008, S. 402). Bisher hieß es in Art. 86 des Strafgesetzbuches von 1921:

„The abortion performed by a certified doctor with the consent of the pregnant woman is not punishable:

1° If it has been done in order to avoid a danger to the life or health of the mother and if this danger cannot be avoided by other means.

2° If the pregnancy comes from a rape or an attack on modesty committed on an idiot or insane woman. In this case, the consent of your legal representative must be required for the abortion.“ (Noguera 2019, S. 358)

Gemäß Art. 86 war Abtreibung also nur unter zwei Tatbestandsmerkmalen erlaubt – wenn das Leben oder die Gesundheit der Mutter auf dem Spiel stand oder wenn sich die Schwangerschaft auf die Vergewaltigung einer dem Wortlaut nach verrückten, d.h. geistig behinderten, Frau zurückführen lässt. Erst durch das *F.A.L.* Urteil des Obersten Gerichts 2012, einem historischen Präzedenzfall, wurde der Wortlaut des Art. 86 dahingehend ausgelegt, dass das zweite Tatbestandsmerkmal erweitert wurde: „The non-punishable abortions contemplated in Article 86 [...] include all cases of pregnancy that are the result of rape, regardless of the mental capacity of the woman“ (Noguera 2019, S. 366). Ein Grundsatzurteil war *F.A.L.* auch deswegen, weil der Staat angehalten wurde, zuallererst das Recht der Frauen auf Menschenwürde zu achten – und deshalb keine Vergewaltigungsopfer mehr zu einer Schwangerschaft zu zwingen: Generell müssten Frauen einen leichteren Zugang zu Abtreibungsmöglichkeiten haben. Auffällig ist jedoch, dass nach 2012 eine Lücke zwischen höchstrichterlicher Rechtsprechung und politischer Realität entstand: „In eight provinces, abortion is unavailable, seven other provinces place unjustified burdens on safe and legal abortions, and only nine jurisdictions have adopted the hospital protocols that the Supreme Court mandated in *F.A.L.*“ (Noguera 2019, S.

368). Davon ausgehend zeigt sich, zumindest bis 2020, eine fehlende politische Motivation der relevanten Akteure bzw. Koalitionen (Noguera 2019, S. 363-368).

Das liegt auch an der Pinken Welle 1999-2016, die nur auf den ersten Blick förderlich für eine Liberalisierung gewesen zu sein scheint (vgl. Blofield, Ewig und Piscopo 2017): Demnach wird auch von einer „reactive left“ gesprochen (Blofield, Ewig und Piscopo 2017, S. 348). Während dieses Zeitraums gab es in Argentinien bzw. in ganz Süd- und Mittelamerika überdurchschnittlich viele linke Regierungen. Dies führte zu einer liberalen ebenso wie restriktiven Überarbeitung der Abtreibungsgesetzgebung auf dem Kontinent, „altogether, on eleven separate occasions in eight different countries. Even in countries where legal reforms did not go through, legislatures debated bills at a prevalence not seen before“ (Blofield und Ewig 2017, S. 481). Noch bis Ende des 20. Jahrhunderts hatte sich die südamerikanische Abtreibungspolitik in einem relativ statischen Zustand befunden (Blofield und Ewig 2017, S. 481-484).

Denn nach dem Ende der Militärdiktatur 1983 galt in Argentinien lange der Status Quo einer schwachen Frauenbewegung und starker Konservativer unterstützt von der Kirche (vgl. Blofield 2008): Erlangte man eine Führungsposition in Politik oder Justiz, bedeutete das, sein Amt gemäß kirchlicher Moralvorstellungen auszuführen. Zwar stellte sich der erste demokratische Präsident Raúl Alfonsín 1983-1989 dagegen, verfolgte eine verhältnismäßig liberale Moralpolitik und legalisierte 1987 zum Beispiel Scheidung. Doch ein tiefergreifendes Problem blieb bestehen: Anstatt dass die Angestellten in Militär und Kirche ihre Posten verloren, wurden die meisten nicht ausgewechselt und konnten so die alten Strukturen weitertragen – welche zuvor noch Staatsterror ermöglicht und legitimiert hatten (Budde 2018, S. 81-82).

Maßgeblich dafür sind die Pfadabhängigkeiten, die sich aus der Militärdiktatur 1976-1983 ergeben: In dem Zeitraum richtete die Militärjunta das nationale Selbstverständnis so aus, dass die Gleichungen Argentinier = Katholik und ≠ atheistische, kommunistische Guerilla-Bewegung galten. Religion rechtfertigte es, gegen jeden vorzugehen, der nur im Kleinsten linksgerichtet war: „Portraying left-wing minded Argentinians as the evil other on a quest to destroy Argentine Catholic society served as justification for their destruction and rhetorically elevated the military operation to the status of a holy mission“ (Budde 2018, S. 66). Diktator Jorge Rafael Videla etwa begründete sein persönliches Belief-System mit den Werten und Normen der Kirche (Budde 2018, S. 65-67). Daraus ergibt sich folgender Eindruck:

„Arguably, without the church’s support the sacralisation of politics during the military dictatorship would not have been as persuasive; only the church’s active support for the regime justifies classifying the relationship of the dictatorship and Catholic Church as an ideological symbiosis.“ (Budde 2018, S. 67)

Auch wenn die Kirche später eine direkte Mittäterschaft an den Verbrechen der Militärjunta leugnen sollte – und selbst 2012 nur eine Mitschuld durch Unterlassen zugab –, prägte sich im kollektiven Gedächtnis der Argentinier das jedweden christlichen Werten zuwiderlaufende Bündnis von Kirche und Regime ein (Budde 2018, S. 68-69). So wird dies auch für den hier relevanten Politikwandel eine Rolle gespielt haben: Denn die moralische Autorität, die die Kirche in der polnischen Bevölkerung nach 1989 zweifelsohne hatte, hatte die Kirche in Argentinien in dem Ausmaß nicht. Es war schlichtweg zu viel passiert (Grzymała-Busse 2016, S. 469).

Einen radikalen Kurswechsel in der neuen Demokratie bei Themen mit Sexualitätsbezug oder Themen, die sich auf Entscheidungen über Leben und Sterben beziehen, bedeutete das aber erstmal nicht: Nach 1983 baute die Kirche mit der politisch Rechten ihren Einfluss auf Grundlage ähnlicher Belief-Systeme in den 1990er Jahren weiter aus. Carlos Menem etwa, zweiter demokratisch gewählter Präsident und Verfechter einer strikten anti-Abtreibungspolitik, reiste in seiner Amtszeit 1989-1999 sieben Mal in den Vatikan (Blofield 2008, S. 414).

Außerdem bildeten sich feministische Gruppen erst ab den 1990er Jahren, als mit der Verabschiedung der neuen Verfassung 1993 schließlich auch die Konsolidierung der Demokratie erreicht war (Budde 2018, S. 80). Vor 1983 hatten sich diese Gruppierungen kaum organisieren können und taten sich danach auch erst einmal schwer. Zwar hatte die Frauenbewegung 1994 einen ersten Erfolg, als sie ein geplantes Abtreibungsverbot stoppen konnte: Rückblickend lässt sich das aber als singulärer Vorstoß einordnen, da weitere solcher Bemühungen etwa durch die Wirtschaftskrise 1998-2002 untergingen. Erschwerend kommt hinzu, dass Abtreibungsbefürworterinnen bis in die Nullerjahre nicht ernst genommen wurden (Blofield 2008, S. 413-415) – denn es galt: „Beyond the power of the pulpit, the Catholic Church and conservative ‚pro-life‘ movements have historically been more influential, more organized, and better resourced than proponents of abortion liberalization“ (Blofield und Ewig 2017, S. 485). Zumindest durch einen säkularen Sprachgebrauch wollte man sich aber in der Politik vom alten Regime abgrenzen (Budde 2018, S. 88).

So lässt sich Abtreibung auch in Argentinien als Policy-Subsystem charakterisieren: Auf beiden Seiten des etablierten Diskurses hat sich eine Koalition formiert, die ein Policy-Anliegen auf

Grundlage ihres Belief-Systems verfolgt. Mit ihren jeweiligen Ressourcen tragen sie die moralpolitische Debatte in bestimmten Arenen aus, unterstützt von Institutionen mit themenspezifischer Expertise (Sabatier und Jenkins-Smith 1999, S. 136).

Auf der restriktiven Seite steht die Kirche – die, anders als in Polen, ein autoritäres Regime legitimiert und so einen inneren politischen Konflikt eröffnet hat (vgl. Requena und Stanek 2014). Deshalb war die Institution Kirche nach 1983 für viele Argentinier kompromittiert, spielte im Transitionsprozess, anders als in Polen, keine große Rolle und konnte verhältnismäßig wenig bei der neuen Staatsordnung mitreden (Budde 2018, S. 121).

Auf der liberalen Seite stehen die Frauenbewegung und linke Parteien, die für eine Liberalisierung notwendig, aber nicht ausreichend sind (Blofield und Ewig 2017, S. 491). Es kommt auf den Typ der linken Partei an, für den in Argentinien gilt: „[...] the personalist, hierarchical party structure is more likely to prevent even well-organized feminists from having a voice. [...] presidents' personal preferences will play an outsized role, as they will be less constrained by institutional checks“ (Blofield und Ewig 2017, S. 488). Das erklärt die lange restriktive Handhabung und leitet zum Wandel über, der sich 2019 abzeichnete, als Alberto Fernández die Legalisierung im Präsidentschaftswahlkampf priorisierte (Bertrand 2020).

4 Anwendung des ACF auf Entwicklungen im Jahr 2020

Nun wird die Theorie auf die Entwicklungen im Jahr 2020 angewendet, um nachvollziehen zu können, warum es zu dem gegensätzlichen Politikwandel in Polen und Argentinien kam.

4.1 Relativ stabile Parameter

Die Institution Kirche stellt eine Konstante in der moralpolitischen Debatte um Abtreibung dar. Nun ist ausschlaggebend, wie es in Polen und Argentinien um grundlegende soziokulturelle Werte bzw. Denkmuster steht (siehe Abb. 2). Zwar definiert das ACF noch weitere relativ stabile Parameter, doch stellen Wertvorstellungen einen fundamentalen Bestandteil des moralpolitisch definierten Policy-Subsystems Abtreibung dar und bedingen zum Beispiel auch wieder verfassungsrechtliche Aspekte: Während in Polen die verfassungsrechtliche Identität maßgeblich durch den Katholizismus geprägt ist – da der Klerus auf die Ausarbeitung der demokratischen Verfassung nach 1989 entscheidend miteinwirkte (Grzymała-Busse 2015a, S. 165-167) –, prägen in Argentinien Menschenrechte die verfassungsrechtliche Identität. Denn nach 1983 strebte man zumindest ideell nach Demokratie (Budde 2018, S. 79-98). Bestimmte

Akteure wie die Kirche, von der viele der diskursbestimmenden Wertvorstellungen ausgehen, hatten also bei der Ausgestaltung der Verfassung und allgemein des Justizwesens im post-autoritären Polen und Argentinien eine entscheidende Vetospieler-Position inne – oder eben nicht. Folglich stellen gerade soziokulturelle Werte im Policy-Subsystem Abtreibung einen fundamentalen Bestandteil der relativ stabilen Parameter dar, die als exogene Komponenten das Verhalten der Koalitionen im Subsystem beeinflussen (vgl. Sabatier und Jenkins-Smith 1999).

Polen:

Das Land lässt sich in einer ehemals atheistisch geprägten Region verorten, wo Religion nicht-destotrotz jüngst wieder zu einem stärkeren Teil der eigenen und nationalen Identität geworden ist (Sahgal und Cooperman 2017, S. 5). Darüber hinaus ist mit Blick auf Ostmitteleuropa in Polen die Fusion von nationaler Identität mit dem Katholizismus am stärksten ausgeprägt (Grzymała-Busse 2015b, S. 339-340). In Polen führt das Auftreten von hoher Religiosität und dementsprechenden soziokulturellen Wertvorstellungen zu folgender Haltung:

„[...] those who say religion is ‚very important‘ in their lives are more likely than others to oppose same-sex marriage and legal abortion. And overall, religiously unaffiliated respondents are more likely to favor both of these things when holding other factors constant.“ (Sahgal und Cooperman 2017, S. 111)

Folglich ist gemäß des ACF fürs Erste davon auszugehen, dass sich dieser Parameter kaum ändern wird: Die Gleichung Pole = Katholik zeigt, dass sich religiöser Nationalismus und soziokulturelle Wertvorstellungen in eine ähnliche Richtung bewegen. Polen weist – etwa bei der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau – eine der konservativsten Gesellschaften in Ostmitteleuropa auf: So stimmen 87 Prozent der Polen nicht mit der Aussage überein, dass Gleichberechtigung ein entscheidendes Recht ist (Szelewa 2016b, S. 33). Diese Mehrheitsposition impliziert folglich auch, dass Abtreibung in einer so patriarchalisch dominierten Gesellschaft eher kritisch gesehen wird. So hat die Bevölkerung auch den geringsten Anteil von Abtreibungsbefürwortern im Vergleich zu Kroatien, Litauen und Ungarn – den drei anderen osteuropäischen Staaten mit einer katholischen Mehrheit (Sahgal und Cooperman 2017, S. 110).

Doch von diesem ersten Eindruck darf man sich nicht täuschen lassen – denn der hier untersuchte, relativ stabile Parameter ändert sich: Jeder dritte Jugendliche ist mittlerweile nichtgläubig oder nichtpraktizierend. In Großstädten wie Warschau, Krakau und Danzig sind es um die 50 Prozent. Die soziokulturellen Wertvorstellungen der Jungen werden nämlich zunehmend liberaler: Wird das Familienleben nach wie vor vom Klerus idealisiert, zählen für junge

Polen immer mehr beruflicher Erfolg und Selbstverwirklichung abseits von gesellschaftlichen Normen. Am Religionsunterricht nehmen auch immer weniger Schüler teil – von 93 Prozent 2010 auf 70 Prozent 2017. Verstärkt wird die Werteverchiebung auch dadurch, dass die Jungen mit der Institution Kirche immer unzufriedener sind und sich vom Glauben in seiner traditionellen Form entfernen (kein Autor 2019a) – es ist „eine Abkehr von der traditionellen Religiosität, die von der institutionellen Kirche geprägt [ist], hin zu einer individualisierten Religiosität, die auf eigenen Gedanken und Suchen [beruht]“ (kein Autor 2019a, o.S.).

Folglich ist eine immer größere Diskrepanz zwischen den Jungen, die ein verhältnismäßig liberales Christentum leben wollen, und den Älteren in institutionalisierten Machtpositionen in Politik und Justiz, von denen die meisten traditionell konservativen Wertvorstellungen anhängen, auszumachen. Hiervon ausgehend deuten sich bereits erste Koalitionen an – von denen sich dann eine letztendlich durchgesetzt haben wird.

Argentinien:

Auch in Argentinien sind soziokulturelle Wertvorstellungen zuerst einmal stark vom Christentum dominiert. Mittels des *AmericasBarometer*, einem vergleichenden Umfrageprojekt für Nord-, Mittel- und Südamerika von *Latin American Public Opinion Project*, lassen sich Erkenntnisse für die (eigentlich) relativ stabilen Parameter in Argentinien gewinnen. Nachfolgend werden die für die jeweilige Variable aktuellsten Untersuchungszeiträume verwendet.

Bemerkenswert ist zunächst, dass auf die Frage, für wie wichtig man Religion in seinem Leben hält, 2018 mit 41 Prozent eine deutliche Mehrheit der Befragten mit „very important“ geantwortet hat (Variable q5b „Beliefs: Importance of Religion“). Noch auffälliger ist jedoch, dass 2010 der Anteil derjenigen, die auf dieselbe Frage „very important“ geantwortet haben, mit 22,9 Prozent deutlich geringer war. Folglich ist auch der gewichtete Mittelwert aus den Umfragedaten basierend auf der Variable q5b von 53,80 (2010) auf 62,13 (2018) gestiegen (Vanderbilt University 2021). Davon ausgehend lässt sich konstatieren, dass der Katholizismus und die damit verbundenen Wertvorstellungen 2018 anscheinend noch stärker ausgeprägt waren als acht Jahre zuvor – und eine offenbar gestiegene Wichtigkeit von Religion nicht als erstes Indiz dafür herhalten kann, warum 2019 und 2020 ein Stimmungsumschwung in der argentinischen Gesellschaft und Politik bezüglich der Legalisierung von Abtreibung stattfand.

Wird jedoch die Variable b20 „Evaluations: Trust in Catholic Church“ mit der Frage „To what extent do you trust the Catholic Church?“ in den Vordergrund gerückt, zeigt sich, dass die Argentinier sich 2016 hauptsächlich an den zwei Polen der Skala – bzw. bei der maximal negativen und positiven Antwortmöglichkeit „not at all“ (22,6 Prozent) und „a lot“ (28,4 Prozent) – positionierten. Passend dazu lässt sich 2016 zudem als zwischenzeitlicher Höhepunkt der *Ni Una Menos*-Frauenbewegung ausmachen, die Frauen aus unterschiedlichsten Milieus basierend verband und schließlich auch die treibende Kraft hinter der Kampagne für eine Legalisierung von Abtreibung werden sollte (Daby und Moseley 2021, S. 9-11). Der Blick auf Argentinien bei Variable b20 zeigt zudem, dass der deren gewichteter Mittelwert nach dem von Uruguay der niedrigste in ganz Südamerika ist (Vanderbilt University 2021). Folglich muss man bei der Bewertung von Variable b20 zwischen reiner Religiosität und der Institution Kirche unterscheiden: Während viele Argentinier nach wie vor am Katholizismus festhalten, zeigt sich eine signifikante Polarisierung bei der Frage, wie man die Kirche als Institution bewertet.

4.2 Politische Überzeugungen und Bildung von Koalitionen

Ausgehend davon, welche exogenen Komponenten das Policy-Subsystem Abtreibung beeinflussen, wird nun das Augenmerk darauf gelegt, welche Belief-Systeme die relevanten Akteure haben und wie sich darauf aufbauend schließlich Koalitionen bilden. In Polen und Argentinien lassen sich jeweils zwei Koalitionen ausmachen, die Akteure aufgrund eines ähnlichen Belief-Systems in sich versammeln: die restriktive und die liberale Koalition.

Polen:

Als erstes stehen die wichtigsten Befürworter eines restriktiven Abtreibungsrechts im Fokus: War die PiS noch von 2007 bis 2015 in der Opposition gewesen, erlangte sie bei den Parlamentswahlen im Oktober 2015 die absolute Mehrheit mit 37,6 Prozent der Stimmen. Auch im Senat konnte sich die PiS auf eine absolute Mehrheit stützen, unter anderem wegen der aktiven Mithilfe des Klerus (Szelewa 2016b, S. 7-8) – „the recent wave of conservatism in Poland favored an election of openly misogynistic representatives and has the activities of pro-life organizations falling on fertile grounds“ (Krol und Pustułka 2018, S. 372).

Das Belief-System der PiS ist sozialkonservativ sowie konservativ- bis anti-feministisch und begründet ein „political climate hostile to women“ (Krol und Pustułka 2018, S. 366): Demnach wird der Staat von der traditionellen Familie gestützt bzw. überhaupt erst ermöglicht – durch

„passing down religious values and historical memory, shaping patriotic attitudes and instilling a feeling of national dignity“ (Gwiazda 2020, S. 5). Populistisch ist das Belief-System der PiS auch, da sie eine „Wir vs. Ihr“-Ideologie verbreitet: Auf der einen Seite stehen die Polen, die sich durch Heimatverbundenheit sowie ein traditionelles Sexual- und Familienverständnis auszeichnen. Auf der anderen Seite stehen linke Parteien, Migranten, Mitglieder der LGBTQ-Community und Feministinnen (Gwiazda 2020, S. 5-6). So lässt sich zusammenfassen:

„Law and Justice is both populist and illiberal, representing national and social conservatism. PiS emphasises the role of the nation, family and tradition influenced by Catholicism and the social economy, combined with a populist discourse that divides society into two antagonistic groups.“ (Gwiazda 2020, S. 6)

Doch die PiS geht noch einen Schritt weiter und definiert Frauen als Mütter, deren wichtigste Aufgabe es ist, das Fortbestehen des polnischen Staates zu sichern. So verfolgt die Regierungspartei Policies zur Familiengründung und -förderung – nichtsdestotrotz liegt das Land in Sachen Gleichberechtigung stark zurück (Krol und Pustułka 2018, S. 367). Auch wenn manche PiS-Politikerinnen partiell Anliegen von Polinnen einbringen, geschieht das meist bei Beruf und Karriere und nicht bei Abtreibung. Beata Szydło etwa, Ministerpräsidentin 2015-2017, grenzte sich deutlich von einer Selbstbezeichnung als Feministin ab (Gwiazda 2020, S. 7).

Passend dazu lässt sich das Belief-System der Kirche, dem zweiten zentralen Akteur der restriktiven Koalition, darauf zuspitzen: „The Church considers all abortion to be murder“ (Florkiewicz et al. 2021, o.S.). Nach 1989 forcierte der Klerus nämlich verstärkt konservative katholische Werte und kooperiert seitdem eng mit rechten Parteien wie der PiS, die zu seinem Wohlergehen kirchliche und polnische Identität gleichsetzt. Bezüglich des Politikwandels 2020 ergibt sich folgendes Bild: Während die polnische Bischofskonferenz im Herbst 2020 ihre Rolle nicht kommentieren wollte, teilte die Regierung mit, dass beide Institutionen eine „cooperation for the common good“ verfolgen würden (Florkiewicz et al. 2021, o.S.). Die Verflechtung von Staat und Kirche ist deswegen so stark, weil sie strukturell und institutionell angelegt ist:

“For example, priests have displayed election posters on parish property or discussed elections during mass – almost always in favour of the governing party – in more than 140 cases over the last five years [...]. During that time Poland has held five elections.“ (Florkiewicz et al. 2021, o.S.)

Folglich ist zu resümieren, dass die PiS und die Kirche – erst recht seit 2015 – im Sinne des ACF eine Koalition bilden; verstärkt durch ultrakonservative Akteure wie etwa das Anwaltskollektiv *Ordo Iuris* (Pallokat 2021b). Erstere sind die beiden wirkmächtigsten Akteure auf der Seite der

Abtreibungsgegner. Verbunden sind sie dadurch, dass sie ein ähnlich konservatives Belief-System teilen, was sich auch 2020 nahezu ideal in Politik umsetzen ließ. Beide Akteure füllen für den jeweils anderen die Funktion eines Gleichgesinnten aus: Sie teilen ähnliche Wertvorstellungen und haben ein ähnliches Problembewusstsein. Und in den Folgemonaten nach dem Gerichtsurteil vom Oktober 2020, welches das eh schon restriktive Abtreibungsrecht noch weiter verschärfte, wurde ein zunehmend engeres Verhältnis zwischen PiS und Kirche wahrgenommen (Florkiewicz et al. 2021).

Auf der anderen Seite jedoch steht die liberale Koalition, die nach Blofield (2008) von Polinnen aus der Frauenbewegung, Mitte-links-Parteien aus der Opposition und Frauenorganisationen wie *Ogólnopolski Strajk Kobiet* (seit 2016), *Aborcyjny Dream Team* (seit 2016), *Warszawskie Dziewuchy* (seit 2016) oder auch *Aborcja Bez Granic* (seit 2019) gebildet wird: Für deren Analyse ist zuerst ein Blick auf den *Czarny Protest* 2016 sinnvoll. Dieses Jahr ist deshalb maßgeblich für den Politikwandel 2020, da damals zwei Bürgerinitiativen Abtreibung einmal total verbieten – und einmal liberalisieren wollten. Mit ausreichend Unterschriften können in Polen auch Bürgerinitiativen Gesetze einbringen. Anhand dieser zwei Policy-Impulse zeigt sich die Konfliktlinie, die sich bei Abtreibung durch die Gesellschaft zieht. Im Gegensatz zur versuchten Liberalisierung schaffte es 2016 aber der höchst restriktive Gesetzesentwurf ins Parlament (Szelewa 2016b, S. 30): „[...] the *Stop Abortion* law aimed at introducing a complete ‚no-exceptions‘ abortion ban, further setting in motion a criminalization of the act“ (Krol und Pustułka 2018, S. 373). Während die PiS den Entwurf der Abtreibungsgegner noch in erster Lesung im Parlament angenommen hatte, wurde er schließlich von einer Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt. Das lag weniger an einem gewandelten Belief-System der PiS als vor allem an der Protestbewegung *Czarny Protest*, die auf die Gefahr eines immer näher rückenden Verbotes landesweite Großdemonstrationen organisiert hatte (Krol und Pustułka 2018, S. 373-374; KNA et al. 2016): Die Proteste wurden spontan, dezentral und aus der Mitte der Gesellschaft heraus organisiert. Letztendlich fanden sich am 03. Oktober 2016 rund 100.000 Demonstrierende an mehr als 140 Orten ein (Krol und Pustułka 2018, S. 374). Bei den generationenübergreifenden und inklusiven Protesten nahmen Studentinnen sowie Frauen über 50 teil – letztere brachten die Perspektive mit, dass es das Recht zu Abtreibung durchaus schonmal gegeben hatte (Krol und Pustułka 2018, S. 380; Hall 2019, S. 1500-1503). Ein außerparlamentarischer Akteur schaffte es auf die Regierung insoweit einzuwirken, dass sie von ihrer zwischenzeitlichen

Unterstützung des Gesetzesentwurfs abwich – da sie befürchtete, dass ein totales Verbot sich bei den Wahlen 2019 rächen würde (KNA et al. 2016).

Folglich konnte der *Czarny Protest* im Oktober 2016 zwar einen Policy-Erfolg erringen, aber sollte langfristig an seiner Dezentralität und Diversität leiden. Kurzfristig war es das Ziel, so viele Frauen wie möglich zu mobilisieren – die hatten jedoch verschiedene Ansichten: Während die einen für eine grundlegende Liberalisierung auf die Straße gingen, waren andere mit dem Abtreibungskompromiss von 1993 zufrieden und demonstrierten nur gegen die Abschaffung der drei Tatbestandsmerkmale, in denen Abtreibung legal ist (Krol und Pustułka 2018, S. 376). So konnte die Bewegung keine längerfristige Strategie aufstellen. Und auch wenn sie ein restriktiveres Abtreibungsrecht vorerst stoppen konnte, änderte das nicht die Hierarchie der Koalitionen. Als Gegenreaktion auf den *Czarny Protest* verabschiedete die Regierung ein Programm, durch das Frauen mit einer risikoreichen Schwangerschaft bis zu 1000 Euro versprochen wird, wenn sie die zu Ende bringen (Krol und Pustułka 2018, S. 374-378). Nichtsdestotrotz ist die Frauenbewegung mit Blick auf 2020 entscheidend für weitere Versuche einer Liberalisierung bzw. Abwendung weiterer Verschärfungen (Krol und Pustułka 2018, S. 380).

2016 und der nächste Versuch 2018 – als das Parlament denselben Gesetzesentwurf zur Beratung in die Ausschüsse verwies und er dort steckenblieb, da PiS-Chef Jarosław Kaczyński keine weiteren Demonstrationen wollte –, stellen folglich die Ausgangslage für den Wandel 2020 dar: Im April 2020 nahm das Parlament ein Gesetz an, das Abtreibung quasi total verbietet – eingebracht wieder von einer ultrakonservativen Bürgerinitiative. Stand April 2020 hätte das Gesetz so enden können wie 2018. Jedoch sprach sich der PiS-getreue Präsident Andrzej Duda für das Gesetz aus – wohingegen sich die PiS 2016 noch von der externen Reformbestrebung abgegrenzt hatte (Hassel 2020a). Erklären lässt sich das durch die Präsidentschaftswahlen im Juni 2020: Im Wahlkampf erklärte Duda, die Abtreibung behinderter Kinder sei schlichtweg Mord (Walker 2020a). Durch die Positionierung des Präsidenten deutete sich bereits im ersten Halbjahr 2020 eine Dominanz der restriktiven Koalition aus PiS, Kirche und ultrakonservativen Akteuren aus der Zivilgesellschaft an. Neben dem Defizit des *Czarny Protest*, dass sich die Demonstrierenden auf keinen gemeinsamen Nenner einigen konnten, kamen 2020 die Auswirkungen der Corona-Pandemie hinzu: So breitete sich in der liberalen Koalition die Angst aus, dass die Regierung an der Bevölkerung vorbei Politik machen wolle (Walker 2020a).

Und auch wenn die liberale Koalition etwa von der liberal-konservativen Plattform Obywatelska (im Folgenden: PO) unterstützt wurde, konnte der ehemalige PO-Vorsitzende Donald Tusk nach dem Inkrafttreten des Gesetzes im Januar 2021 nicht mehr tun als betonen, dass man Frauenrechte „gegen den zynischen Fanatismus der Behörden“ verteidigen müsse (siehe Abb. 4).

Die restriktive Koalition, die bereits vor der Pandemie Schlüsselämter besetzt hatte und einen institutionalisierten Zugang zur Macht besaß, betrafen die Auswirkungen der Corona-Pandemie weitaus weniger als die liberale Koalition. Letztere nämlich hatte 2020 gemäß des ACF weitaus weniger Arenen und Ressourcen zur Verfügung. Maßgeblich ist auch, dass es keinen Policy-Broker mit einer Vermittlerfunktion gab: Während das in Argentinien zum Teil die Mitte-links-Regierung übernahm und so zwischen konservativen Kräften und der Frauenbewegung vermittelte, fehlte dieser Part in Polen. Dadurch konnte sich die dominante restriktive Koalition noch eher durchsetzen.

Argentinien:

Auch in Argentinien haben sich zwei gegensätzliche Koalitionen gebildet: Die restriktive Koalition aus der Kirche, Evangelikalen sowie konservativen Kräften aus Zivilgesellschaft und Politik, wird dadurch gestärkt, dass das Land den aktuellen Papst stellt.

Dieser ist ein besonders einflussreicher Akteur, wenngleich er von au-

ßerhalb agiert (Goñi 2018). Kurz vor der finalen Abstimmung im Senat veröffentlichte der Papst am 29. Dezember 2020 folgenden Tweet – mit dem er das Belief-System der Kirche



Donald Tusk
@donaldtusk

Im nie chodzi o ochronę życia. To przecież pod ich rządami coraz więcej Polaków umiera i coraz mniej się rodzi. Życie to polskie kobiety. Obrona ich praw i godności przed cynicznym fanatyzmem władzy to nasze być albo nie być.

[Tweet übersetzen](#)

20:13 · 27.01.21 · [Twitter for iPhone](#)

2.456 Retweets 180 Zitierte Tweets 16,4K „Gefällt mir“-Angaben

Abb. 4: Tweet des ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk anlässlich des Inkrafttretens des restriktiven Abtreibungsgesetzes (Twitter 2021).

„Es geht ihnen nicht darum, Leben zu schützen. Schließlich sterben unter ihrer Herrschaft immer mehr Polen und werden immer weniger geboren. Das Leben wird von polnischen Frauen gegeben. Ihre Rechte und ihre Würde gegen den zynischen Fanatismus der Behörden zu verteidigen, ist unsere Sache, ob wir das wollen oder nicht.“ (übersetzt mit DeepL)



Pope Francis
@Pontifex

The Son of God was born an outcast, in order to tell us that every outcast is a child of God. He came into the world as each child comes into the world, weak and vulnerable, so that we can learn to accept our weaknesses with tender love.

[Tweet übersetzen](#)

1:30 nachm. · 29. Dez. 2020 · [TweetDeck](#)

5.183 Retweets 263 Zitierte Tweets 35.965 „Gefällt mir“-Angaben

Abb. 5: Tweet von Papst Franziskus anlässlich der sich abzeichnenden Legalisierung von Abtreibung in Argentinien (Twitter 2020a).

verdeutlicht (siehe Abb. 5): Auch wenn sich der Tweet nicht explizit auf die nahende Entscheidung bezog, ist doch sein Timing und Framing signifikant. Jedes Kind käme als Ausgestoßener auf die Welt – bevor es von seinem Umfeld angenommen wird. Dadurch wird die Verbindung zu Jesus gezogen, ebenfalls einem von der damaligen Gesellschaft Ausgestoßenen. Jedes Neugeborene als Kind Gottes wird auf dieselbe Stufe wie Jesus gestellt, was Abtreibung unwiederbringlich tabuisiert. Jede Abtreibung bzw. jeder Umstand, der dies vereinfacht möglich macht, verstößt also gegen das römisch-katholische Menschenbild. Diese Grundhaltung, egal ob im Vatikan oder in Argentinien, sowie von Organisationen wie der *Alianza Cristiana de las Iglesias Evangélicas de la República Argentina* (seit 1982) ist eine Konstante: „Argentina’s deeply Roman Catholic roots have long influenced its social policies“ (kein Autor 2019b, o.S.).

Geändert hat sich aber die Haltung der Bevölkerung: Nachdem im August 2018 der Versuch, Abtreibung zu legalisieren, durch den Senat gestoppt worden war, traten allein in den ersten vier Wochen danach mehr als 3700 Argentinier aus der Kirche aus. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung von rund 44 Millionen Argentinern erscheint diese Zahl auf den ersten Blick gering, deutet aber den Beginn einer größeren Entwicklung an: Webseiten von Organisationen, die zum Kirchenaustritt informieren, verzeichneten in dem Monat 4000 Mal höhere Aufrufe als vor dem Nein des Senats. Ungeachtet dessen steht die Kirche traditionell in enger Verbindung mit dem Staat und wird von diesem größtenteils finanziert (Goñi 2018). 2020 kam jedoch hinzu, dass zwar der Staatsapparat verhältnismäßig gute Beziehungen zum Klerus zu pflegen gewohnt war – nicht aber die Mitte-links-Regierung. Diese schlug mit Präsident Alberto Fernández vom Partido Justicialista (im Folgenden: PJ, im Volksmund auch: Partido Peronista) einen eigenen Weg ein und war zum Teil auch ein Policy-Broker, der zwischen Kirche und Frauenbewegung vermittelte.

Der nächste zentrale Akteur der restriktiven Koalition wären rechte Parteien: Jedoch stellt Argentinien bezüglich der Annahme, dass es starke linke Parteien für eine Liberalisierung braucht – und starke rechte Parteien auf das Gegenteil hinwirken –, eine schwierige Untersuchungseinheit dar (Blofield 2008, S. 409-410). Nach der ersten demokratischen Präsidentschaft vom Sozialdemokraten Raúl Alfonsín 1983-1989 wurde das Land fast ausnahmslos vom PJ regiert. Aufgebrochen wurde das erst 2015, als der liberal-konservative Mauricio Macri von der Propuesta Republicana (im Folgenden: PRO) die Präsidentschaftswahlen gewann – bis 2019 wieder ein peronistischer Präsident die PRO ablösen sollte. Der PJ bzw. die Volkspartei,

die mit Nestor Kirchner und Cristina Fernández de Kirchner von 2003 bis 2015 und mit Alberto Fernández ab 2019 den Präsidenten stellte, passt schwer in das Links-Rechts-Spektrum: Dem PJ liegt der Peronismus zugrunde – eine populistische Bewegung, die sich auf General Juan Perón in den 1940er und 1950er Jahren zurückführen lässt. Perón ließ sich mit seinem Belief-System in keine ideologische Schublade stecken: „[...] ein bisschen Sozialismus, ein bisschen katholische Soziallehre, ein bisschen Faschismus“ (Eglau 2019, o.S.). Auch heute ist der Peronismus die prägende ideologische Kraft im Land, hat er sich doch zig Male neu erfunden – und Abstand vom idealtypischen Links- oder Rechtssein genommen (Eglau 2019).

Genau diese Wandlungsfähigkeit ist so entscheidend, um den Politikwandel 2020 zu verstehen. Während die linkspopulistische Cristina Fernández de Kirchner als Präsidentin 2007-2015 noch an der restriktiven Abtreibungsgesetzgebung festhielt – und damit die Linie ihres Vorgängers und Ehemannes fortfuhr –, änderte sie 2018 den Policy-Kern ihres Belief-Systems dahingehend, dass sie nun für eine Dekriminalisierung von Abtreibung war: „„If you want to know who it was that made me change my mind, it was the thousands of girls who took over the streets. It was seeing them become true feminists““ (Daby und Moseley 2021, S. 28). Es brauchte die Proteste von 2018, damit Akteure wie Cristina Fernández de Kirchner – heutige Vizepräsidentin und eine der Schlüsselfiguren des PJ –, ihr Belief-System änderten.

Dieser Wandel im Policy-Kern des PJ machte sich bereits 2019 im Wahlkampf von Fernández bemerkbar: Nachdem 2018 die angestrebte Legalisierung am Senat gescheitert war, versprach Fernández diese zu einem seiner Top-Themen zu machen. Er war einer der Gründer des linken *Frente de Todos*-Wahlbündnisses, um eine weitere PRO-Präsidentschaft zu verhindern – und siegte im Oktober 2019 auch dank der Anhängerinnen von *Ni Una Menos*, die viele Frauen für ihn mobilisiert hatten (Phillips, Booth und Goñi 2020). Im Dezember 2019, drei Tage nach seiner Vereidigung, wurden neue Richtlinien für die nach damaliger Rechtslage legalen Abtreibungen veröffentlicht – mit dem Ziel, denjenigen wirklich eine Abtreibung zu garantieren, die eines der beiden Tatbestandsmerkmale aus Art. 86 erfüllen (kein Autor 2019b). Und in seiner ersten Rede vor dem Kongress im März 2020 bekräftigte Fernández erneut seine Bereitschaft zur Legalisierung (Negron und Rayes 2020).

Umso bemerkenswerter ist der vom katholischen Fernández angestoßene Politikwandel, dem „ally of Pope Francis“ (Samuel 2020, o.S.). So äußerte er im Januar 2020 kurz vor seinem Antrittsbesuch im Vatikan mit Blick darauf, dass der Papst während seiner Amtszeit noch nie sein Heimatland besucht hatte: „„Franziskus weiß, dass ich ihn schätze, mag und respektiere, und

dass ich es feiern würde, wenn er nach Argentinien kommen würde“ (KNA 2020, o.S.). Passend dazu verkündete Fernández im Oktober 2020 in vermittelnder Funktion, als der Druck der liberalen Koalition auf ihn immer größer wurde, den Gesetzesentwurf vor den Kongress zu bringen: Mit dem *Plan de los 1000 días* wolle man mehr finanzielle und logistische Unterstützung für die ersten 1000 Tage im Leben eines Kindes bereitstellen, um Abtreibungen aus wirtschaftlichen Gründen zuvorzukommen (Samuel 2020).

Folglich machte der PJ 2020 einen eklatanten Wandel seines Belief-Systems durch – wenn gleich dieser weniger auf eigenen Antrieb als auf die enorme Zugkraft von *Ni Una Menos* zurückzuführen ist. Genau aus diesem Grund ist die Regierung für 2020 größtenteils der liberalen Koalition zuzuordnen. Von Einwänden der Kirche ließ sie sich kaum beirren und hielt an der Argumentation von *Ni Una Menos* fest, wonach legale Abtreibungen essentiell für die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und Public Health seien. Zwar kam Fernández im Oktober 2020 mit der Ankündigung des *Plan de los 1000 días* den Abtreibungsgegnern etwas entgegen, doch diente diese mehr dazu, die Fronten zu glätten als Zugeständnisse zu machen. Das Belief-System der Mitte-links-Regierung blieb bestehen, weshalb diese zur liberalen Koalition gehört.

Dies leitet über zu den weiteren Akteuren der liberalen Koalition, die sich durch die *Ni Una Menos*-Frauenbewegung (seit 2015), Organisationen wie *La Comisión por el Derecho al Aborto* (seit 1988), *Fundación para el Estudio y la Investigación de la Mujer* (seit 1989), *La Campaña Nacional por el Derecho al Aborto legal, Seguro y Gratuito* (seit 2005) und *Mala Junta* (seit 2015) sowie Teile der Unterhaltungsbranche auszeichnet (vgl. Noguera 2019; Daby und Moseley 2021). Schon während der Militärdiktatur haben sich Frauen organisiert: Die Menschenrechtsorganisationen *Madres de Plaza de Mayo* und *Abuelas de Plaza de Mayo* bestehen aus Frauen, deren (Enkel-)Kinder damals verschwanden und vom Regime unter ungeklärten Umständen ermordet wurden. Während sich ihr Protest zunächst auf deren Freilassung bezog, setzten sie sich nach 1983 für eine strafrechtliche Ahndung der Verbrechen ein – und sind heute schlichtweg eine Arena, in der viele Frauen organisiert sind (Budde 2018, S. 63, 79).

Neuer hingegen ist die *Ni Una Menos*-Frauenbewegung, die schon 2018 dafür sorgte, dass die Debatte um eine Legalisierung erst in Gang kam und es der entsprechende Gesetzesentwurf durchs Parlament schaffte. Auch wenn die Bewegung 2018 mit ihrem Vorhaben letztendlich scheiterte, bereitete sie den Weg für den erfolgreichen zweiten Versuch 2020: Wäre 2018 nicht erstmals ein öffentlicher, breit angelegter Diskurs um Abtreibung geführt worden, wäre

2020 nicht möglich gewesen (Noguera 2019, S. 375). Zwar hat die Bewegung ihren Anfang im Kampf gegen Femizide genommen, war aber für den Wandel 2020 das entscheidende Netzwerk der liberalen Koalition (Daby und Moseley 2021, S. 2). Bei der ersten Demonstration in Buenos Aires am 03. Juni 2015 nahmen mehr als 200.000 Frauen teil: Seitdem tritt die Bewegung immer dann öffentlich auf, wenn ein neuer Femizid das Land erschüttert, der Jahrestag ihrer Gründung bevorsteht – oder sie sich ein neues Thema wie Abtreibung zu eigen macht (Daby und Moseley 2021, S. 7-9). Erst *Ni Una Menos* schaffte es ab 2015, eine signifikant große Bewegung quer durch alle gesellschaftliche Schichten aufzustellen, die Frauen einbindet, die zuvor noch nie demonstriert hatten:

„In short, our argument is that the emergence of a feminist movement for abortion rights is the result of two key mechanisms: (1) the co-optation of recently established Ni Una Menos mobilization networks and (2) the strategic utilization of familiar collective action framing that grew the movement’s following.“ (Daby und Moseley 2021, S. 11)

Der fundamentale Unterschied zur Frauenbewegung in Polen ist, dass die Gruppen, die in *Ni Una Menos* ihre Dachorganisation fanden, das Framing des Diskurses neu ausrichteten: Demnach sollte sich die Debatte weniger um Religion als um soziale Gerechtigkeit und Public Health drehen, da vor allem arme Frauen an illegalen Abtreibungen sterben: Übernommen wurde das 2020 vom anderen zentralen Akteur in der liberalen Koalition – der Fernández-Regierung. Sie nahm eine Verhältnismäßigkeitsprüfung des Status Quo versus der von ihr angestrebten Policy vor und stellte die Gewissensklausele, nach der Mediziner Patientinnen ablehnen können aufgrund ihrer moralischen Überzeugungen, auf den Prüfstand (Noguera 2019, S. 376-383): „Instead of broaching a philosophical discussion about whether abortions should be legal, the movement has relentlessly argued that women who want to have an abortion are still going to have one regardless of what law is on the books, but in unsafe conditions“ (Daby und Moseley 2021, S. 13). Egal ob Lohnungleichheit, Femizide oder das restriktive Abtreibungsrecht – diese Dinge würden eine ungerechte Gesellschaft manifestieren, in der arme Frauen am meisten leiden (Daby und Moseley 2021, S. 12). Nach 2018 war es 2020 also erst recht das Ziel, die Argumente der Abtreibungsgegner dahingehend zu entkräften, dass niemand dagegen sein könne, soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Dadurch schaffte es die Bewegung 2020, Milieus zu erreichen, die sich davor nicht als feministisch bezeichnet hätten.

Folglich ist zu resümieren, dass sich auch in Argentinien eine restriktive Koalition (bestehend aus Kirche, Evangelikalen sowie konservativen Akteuren aus Zivilgesellschaft und Politik) und

eine liberale Koalition (bestehend aus *Ni Una Menos* als Dachorganisation für zig Gruppierungen, weiten Teilen der Bevölkerung und der Fernández-Regierung) gebildet hat. Im Weiteren wird nun untersucht, wie diese Koalitionen 2020 ihre Ressourcen mobilisiert haben, um letztendlich den von ihnen angestrebten Politikwandel herbeizuführen.

4.3 Ressourcenmobilisierung innerhalb jeder Koalition

Anhand der Fähigkeit, Ressourcen zu mobilisieren, entscheidet sich maßgeblich, wie die verschiedenen Koalitionen ihre Policies durchsetzen können: „[...] individuals employ a variety of resources that enable them to develop strategies to influence policy through a variety of venues. These resources include: (1) formal legal authority to make decisions, (2) public opinion, (3) information, (4) mobilizable troops, (5) financial resources, and (6) skillful leadership“ (Sabatier und Weible 2005 zitiert nach Sabatier und Weible 2007b, S. 129).

Polen:

Um darzustellen, wie die Koalitionen in Polen ihre Ressourcen mobilisiert haben, wird erst auf die Hierarchie der Koalitionen eingegangen: Die restriktive Koalition steht deutlich über der liberalen Koalition, was Macht und Ressourcen angeht. Denn die Corona-Pandemie erschwerte ab März 2020 eben auch politischen Aktivismus – und in diesem Zeitraum läutete die PiS-Regierung den restriktiven Politikwandel ein (Walker 2020a). Und als dieser mit dem Gerichtsurteil im Oktober 2020 beschlossene Sache war, soll PiS-Chef Jarosław Kaczyński auf die Polizei eingewirkt haben, dass diese besonders hart gegen Demonstrierende vorgeht (Gnauck 2020; Pallokat 2020b). Die Koalition auf der anderen Seite der moralpolitischen Debatte hatte diesen Zugang zur Macht offensichtlich nicht: Ihr blieb nur die Mobilisierung via Social Media und Demonstrationen in einem geringeren Ausmaß als ohne die Corona-Pandemie. Als der Wandel im April 2020 durch die PiS-Regierung final eingeleitet wurde, protestierten Frauen im zweistelligen Bereich in Warschau – was ein klares Ungleichgewicht der Ressourcen und Kräfte beider Koalitionen signalisiert (Walker 2020b).

Folglich wird klar, dass die restriktive Koalition in Polen über die wichtigsten der eingangs aufgelisteten Ressourcen verfügt: PiS und Kirche haben die formale Autorität über Politikentscheidungen, ein quasi-Monopol über die Medienlandschaft (aufgrund der pressefeindlichen Politik der PiS), die Möglichkeit, Truppen zu mobilisieren bzw. im vorliegenden Fall mithilfe der Polizei gegen Demonstrierende vorzugehen und für den von ihnen angestrebten Wandel

ausreichende finanzielle Ressourcen. Die liberale Koalition hingegen verfügt nur über die Fähigkeit, die öffentliche Meinung und den Informationsfluss zu einem gewissen Grad beeinflussen zu können – ein institutioneller Zugang zu Gremien mit Entscheidungsbefugnis fehlt weitgehend. Was ihr 2020 jedoch zugute kam, ist die schiere Größe und Verbreitung der Demonstrationen: Allein in Warschau demonstrierten am 30. Oktober 2020 nach dem Aufruf von *Ogólnopolski Strajk Kobiet* Zehntausende (Pallokat 2020f) – ähnlich wie schon vier Jahre zuvor. Obwohl Abtreibung nach wie vor stark polarisiert – und man weit von einem Konsens entfernt ist, zeigt sich Folgendes: Die liberale Koalition schaffte es, die Debatte um Abtreibung zu einer gesamtgesellschaftlichen zu machen und die endgültige Wirksamkeit des Urteils von Ende Oktober 2020 so weit hinauszuzögern, dass das Urteil des Verfassungsgerichts erst Ende Januar 2021 im Amtsblatt veröffentlicht und damit gültig wurde (Pallokat 2021a).

Argentinien:

Schon bei der Hierarchie der Koalitionen in Argentinien zeigt sich, dass deren Ressourcenmobilisierung 2020 eine andere war als in Polen: Die liberale Koalition nämlich schaffte es trotz der Corona-Pandemie darauf hinzuwirken, dass die schon 2019 von der Fernández-Regierung versprochene Legalisierung von Abtreibung nicht unter den Tisch fiel und dann trotz Pandemie 2020 Gesetz wurde (kein Autor 2020b). Am 08. März, kurz nach Fernández' Rede vor dem Kongress protestierten allein in Buenos Aires zig tausende Argentinierinnen beim *Paro internacional de mujeres* für eine schnelle Legalisierung von Abtreibung – und trugen dabei das Markenzeichen der Frauenbewegung, ein grünes Kopftuch. Bezeichnend ist, dass es die Bewegung schaffte, vor allem junge Frauen zwischen 15 und 30 Jahren auf die Straßen zu bekommen – die wiederum, ähnlich wie in Polen, Slogans wie „Nehmt eure Rosenkränze aus unseren Eierstöcken“ benutzten (Heiman und Hoffman 2020). Folglich wird klar, dass die Frauenbewegung als zentraler Akteur der liberalen Koalition Ressourcen wie die öffentliche Meinung und den Informationsfluss im Policy-Subsystem Abtreibung 2020 ganz entscheidend geprägt hat: Schon vor der ersten Demonstration überhaupt im Jahr 2015 sagten 51 Prozent der Argentinier ihre Teilnahme zu und 71 Prozent wussten über *Ni Una Menos* Bescheid (Buscaglia 2015). Seitdem ist die Frauenbewegung stetig gewachsen. Das liegt auch daran, dass sie sich durch ihre Fähigkeit zur milieu- und altersübergreifenden Mobilisation auszeichnet – etwas, das sonst wohl nur die Kirche erreicht hat, dafür in Argentinien aber Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte Zeit hatte. Zudem unterzeichneten Ende September 2020 mehr als 1000 Prominente einen offenen Brief, den mehrere Zeitungen von nationaler Bedeutung auf jeweils einer

ganzen Seite abdruckten (kein Autor 2020b). Und mit dem zweiten zentralen Akteur der liberalen Koalition, der Fernández-Regierung, kommt vor allem die formale Autorität über Politikentscheidungen und dementsprechende Geldmittel hinzu.

Die restriktive Koalition hingegen profitierte vor allem davon, dass sie sich auch 2020 auf ein landesweites (bzw. internationales) Netzwerk von überzeugten Katholiken stützen konnte: In den Kirchengemeinden wurde Stimmung gegen den vom politischen Gegner angestrebten Politikwandel gemacht und die Gemeinden wurden als Arena für die Mobilisierung der Bevölkerung genutzt. Zwar hatten Kirche und Evangelikale sowie konservative Akteure aus Zivilgesellschaft und Politik kaum formale Autorität über Politikentscheidungen wie die Staatsregierung – sehr wohl aber eine moralische Autorität: Denn wie das Beispiel des *F.A.L.* Urteils von 2012 zeigt, bringt ein höchstrichterliches Urteil auch erstmal wenig, wenn es in den Provinzen schlichtweg nicht umgesetzt wird (Noguera 2019, S. 363-368). Und die restriktive Koalition zeichnet sich durch eine Person aus, die die bestmöglichen Führungsqualitäten mitbringt: der Papst. Der schaltete sich 2020 persönlich in die Debatte ein (siehe Abb. 5) – und hatte Bischöfe zuvor angehalten, gegen den Gesetzesentwurf der Regierung zu lobbyieren.

Folglich zeigt sich, dass die Hierarchie der Koalitionen in Polen und Argentinien und deren Möglichkeiten zur Ressourcenmobilisierung in einer konstanten Wechselbeziehung stehen: Die restriktive Koalition in Polen bzw. die liberale Koalition in Argentinien ist genau deshalb der jeweils anderen übergeordnet, weil sie Zugriff auf bestimmte Ressourcen hat, die ihr eine proaktive Rolle verschaffen – und demnach ihre Erfolgsaussichten deutlich erhöhen. Die andere Koalition hingegen, die weitaus weniger Ressourcen zur Verfügung hat, gerät in eine reaktive Position und kann mit Blick auf die politische Realität nur noch versuchen zu verhindern, dass das vom politischen Gegner angestrebte Policy-Outcome Realität wird.

4.4 Politikwandel

Nachdem exogene Einflüsse auf das Policy-Subsystem Abtreibung, die Bildung der Koalitionen sowie die Ressourcenmobilisierung innerhalb jeder Koalition analysiert wurden, steht abschließend der eigentliche Politikwandel 2020 im Fokus: Hierbei ist in Anlehnung an Sabatier (1988) zwischen kleinerem und größerem Wandel zu unterscheiden.

Polen:

Vorliegend wird argumentiert, dass der Policy-Prozess 2020 in Polen als kleinerer Politikwandel in den sekundären Aspekten der Policies der PiS-Regierung zu werten ist: Denn das Urteil durch die vorsitzende Verfassungsrichterin Julia Przyłębska vom Oktober 2020, nach dem Abtreibungen aufgrund von Missbildungen des Fötus verfassungswidrig seien, stellte nur die neueste Ausprägung eines eh schon restriktiven Abtreibungsrechts dar (Pallokat 2020a). So wurde der Abtreibungskompromiss von 1993 nicht durch ein neues Gesetz ersetzt oder umgeschrieben, sondern mit Blick auf ein Tatbestandsmerkmal modifiziert. Verursacht wurde dieser kleinere Wandel nicht durch öffentlichen Druck – sondern eher dadurch, dass die Kirche ihrem seit 1993 zentralen Policy-Vorhaben, ein totales Abtreibungsverbot, näher kommen wollte (Easton 2020): 119 Parlamentarier der Regierungskoalition aus PiS, Solidarna Polska (im Folgenden: SP) und Porozumienie (im Folgenden: P) sowie der rechtsnationalistischen Konföderation hatten, unterstützt von katholischen Aktivisten, den Antrag auf die Verschärfung des Abtreibungsrechts beim Verfassungsgericht eingereicht (Hassel 2020c).

Mithilfe von policy-orientiertem Lernen, verhandelter Übereinkünfte und externer oder interner Schocks lässt sich der Politikwandel 2020 in Polen nur schwerlich erklären: Maßgeblich ist vielmehr, dass sich (1) das Belief-System der PiS über die Jahre hinweg immer mehr verfestigt hat, (2) moralpolitische Themen wie Abtreibung, Homosexualität und Sterbehilfe immer mehr polarisieren und (3) die Gerichte seit dem Wahlsieg der PiS 2015 nicht mehr als politisch unabhängig einzustufen sind (Pallokat 2020a): „Die Zeitung *Gazeta Wyborcza* fand 2019 heraus, dass sich die durch Rechtsverstöße ins Amt gekommene Julia Przyłębska regelmäßig mit Kaczyński und anderen Regierungsspitzen trifft“ (Hassel 2020c, o.S.).

Deshalb kam es im Nachgang des Urteils durch das Verfassungsgericht zu folgenden Entwicklungen: Gleich am darauffolgenden Tag zogen hunderte Demonstrierende vor die Parteizentrale und das Haus von PiS-Chef Jarosław Kaczyński (Pallokat 2020b). Waren das in Warschau anfangs nur die ersten Reaktionen auf das Gerichtsurteil, gingen bald immer mehr Polen auf die Straße und protestierten längst nicht mehr nur gegen die PiS – sondern in einem bisher ungeahnten Ausmaß auch gegen die Kirche: Dabei wurden Geistliche verbal angegriffen und Kirchen beschmiert; auch in Kirchengebäuden protestierten Frauen bzw. störten den Gottesdienst, indem sie Plakate hochhielten (Pallokat 2020c). Binnen einer Woche weiteten sich diese Proteste buchstäblich ins Parlament aus, als Oppositionsabgeordnete einen Kreis um

Kaczyński bildeten und mit Sprechchören eine Legalisierung verlangten: Denn faktisch abgeschlossen war der Politikwandel zu diesem Zeitpunkt noch nicht – da das Gerichtsurteil erst mit Veröffentlichung im Amtsblatt Rechtskräftigkeit erlangt (Pallokat 2020d). Auch um einem Erfolg der Frauenbewegung wie zuletzt 2016 zuvorzukommen, rief die PiS dazu auf, „an der Verteidigung der Kirche, die angegriffen wird, teilzunehmen. Sie wird nicht zufällig attackiert. Es gibt Elemente der Vorbereitung, der Schulung. Dieser Angriff soll Polen vernichten“ (Pallokat 2020e, o.S.). Zugleich nahm die Frauenbewegung zu ihren zentralen Forderungen auch den Rücktritt der PiS-Regierung hinzu: Wohl auch deshalb schlug Präsident Andrzej Duda eine Gesetzesänderung vor, dass ein Schwangerschaftsabbruch im Fall einer Totgeburt oder sehr geringer Überlebenschancen des Kindes erlaubt bleiben solle. Nichtsdestotrotz demonstrierten nur eine Woche nach dem Urteil des Verfassungsgerichts Zehntausende in Warschau und anderswo (Pallokat 2020e und 2020f). Dennoch wurde die Urteilsbegründung am 27. Januar 2021 im Amtsblatt veröffentlicht, wenngleich rund drei Monate nach dem eigentlichen Urteil: Bezeichnend war dabei, dass für die Veröffentlichung der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gewählt wurde (Pallokat 2021a). Die Analogie zwischen Holocaust und Abtreibung, die von PiS und Kirche immer wieder aufgeführt wurde, bemühte die restriktive Koalition also auch beim neuesten Politikwandel.

Argentinien:

Während die dominante Koalition in Polen einen kleineren Politikwandel durchsetzen konnte, ist in Argentinien ein größerer Politikwandel festzustellen. Denn durch die Legalisierung fand ein „change in the policy core aspects of a governmental program“ statt (Sabatier und Jenkins-Smith, S. 147). Die argentinische Regierung, an deren Positionierung sich der Policy-Prozess entscheidet, änderte grundlegende Ansichten in ihrem Belief-System in kürzester Zeit (Heiman und Hoffman 2020): Nachdem 2018 der Gesetzesentwurf noch am konservativen Senat gescheitert war, stimmten 2020 beide Kammern dafür.

Zuschreiben ist dieser Wandel *Ni Una Menos* sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren. Diese beeinflussten zentrale politische Akteure dahingehend, dass bei denen das policy-orientierte Lernen einsetzte: Auch wenn die religiöse Komponente in der Debatte nach wie vor nicht zu unterschätzen ist, wurden seit dem Beginn von *Ni Una Menos* 2015 – und erst recht seit 2018 – Stimmen immer stärker, die in der Debatte auf soziale Gerechtigkeit und

Public Health verwiesen. Diese Sicht übernahm Fernández auch mit seinem Tweet am 30. Dezember, wonach die Gesellschaft durch die Legalisierung nun eine bessere sei – da sie Frauenrechte achte und für Public Health einstehe (siehe Abb. 6). Die in Argentinien dominante Koalition vertrat 2020 den Punkt, dass es weniger darum gehen müsse, ob Abtreibungen moralisch richtig sind oder nicht, sondern darum, dass die 370.000 bis 520.000 illegalen Abbrüche pro Jahr vor allem für arme Frauen oft gesundheitsschädlich bzw. tödlich enden (kein Autor 2020f; Ayerdi 2020): Gerade um diese Zahlen zu senken, sei eine Legalisierung unerlässlich. Auf dem Weg dorthin zeigte sich immer wieder das policy-orientierte Lernen: „President Fernández has declared that his bill is an attempt to address abortion as a public health issue, saying Argentina can no longer deny the amount of illegal procedures carried out each year in hiding“ (Heiman und Hoffman 2020, o.S.).

Nachdem Fernández bei seiner Rede zur Lage der Nation am 01. März verkündet hatte, den Gesetzesentwurf binnen zehn Tagen dem Kongress vorzulegen, schien der liberale Politikwandel erst mal vorgezeichnet: Die Corona-Pandemie jedoch setzte dem vorläufig ein Ende – auch weil sich die Prioritäten im Kabinett änderten. Im Sommer wollte Fernández den Gesetzesentwurf mehrmals an den Kongress überstellen, wie dessen juristische Sekretärin Vilmar Ibarra Ende Juli äußerte (Ayerdi 2020). Doch Mitte August sagte Kabinettschef Santiago Cafiero, dass



Abb. 6: Tweet des argentinischen Präsidenten Alberto Fernández anlässlich der Legalisierung von Abtreibung im Dezember 2020 (Twitter 2020b).

„Sicherer, legaler und kostenloser Schwangerschaftsabbruch ist Gesetz. Das habe ich in den Tagen des Wahlkampfes versprochen. Heute sind wir eine bessere Gesellschaft, die die Rechte der Frauen erweitert und die öffentliche Gesundheit garantiert. Den Wert des verpfändeten Wortes wiederherstellen. Ein Versprechen der Politik.“ (übersetzt mit DeepL)

man davon im verbleibenden Jahr absähe – man wolle die Debatte in Präsenz führen bzw. diesen historischen Prozess nicht in digitale Meetingräume verlagern (kein Autor 2020a).

Die Tatsache, dass Abtreibung dann doch noch 2020 legalisiert wurde, ist eindeutig den zivilgesellschaftlichen Akteuren der liberalen Koalition bzw. *Ni Una Menos* sowie Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International* zuzuschreiben: Nach Cafieros Absage übten sie zunehmend politischen Druck auf ihren Koalitionspartner, die argentinische Regierung, aus – und erinnerten diesen öffentlichkeitswirksam an sein Wahlversprechen. Neben digitalem Protest fielen sie etwa durch Aktionen beim *Día Internacional del Aborto Seguro* am 28. September auf, bei dem der Platz vor dem Kongressgebäude in Buenos Aires mit Kräutern und Pflanzen bedeckt wurde, die arme Frauen bei illegalen Abtreibungen zu sich nehmen (kein Autor 2020b und 2021a). Einen Monat später, am 27. Oktober, teilte Fernández schließlich mit, dass er sein Wahlversprechen doch noch 2020 einlösen wolle (kein Autor 2020c). Entscheidend an dieser Aussage ist die Wortwahl: „We’re finishing work. [...] I don’t want this theme to become another dispute among Argentines. We respect everyone, I don’t want this generate a new debate“ (kein Autor 2020c, o.S.). Es ging ihm nicht darum, eine neue Debatte aufzureißen – sondern mit Blick auf 2018 etwas abzuschließen, was er aufgrund des durchgemachten Lernprozesses bereits als ausdiskutiert erachtete.

Wie schon 2018 stellte 2020 der traditionell konservativere Senat die entscheidende Arena dar, in der sich der Politikwandel entscheiden würde: Während sich der Großteil der Senatoren in eines der beiden Lager einordnen ließ – davon 35 restriktive und 32 liberale –, wollten sich im Vorfeld der Abstimmung vier nicht zu ihrer Position äußern und ein konservativer Senator war beurlaubt wegen des Vorwurfes sexueller Belästigung. Aufgrund des fehlenden Koalitionszwangs war das Outcome zumindest im Senat alles andere als vorhersehbar, wo die Regierungskoalition 41 von 72 Sitzen hat (kein Autor 2020g): Demnach wurde Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner vorab eine entscheidende Rolle zugestanden, die mit ihrer Stimme die Senatsabstimmung entscheiden könnte (kein Autor 2020d). Im Parlament hingegen zeichnete sich vorab ein klareres Bild zugunsten der liberalen Koalition ab (kein Autor 2020e) – was sie am 11. Dezember auch mit 131 vs. 117 Stimmen, bei sechs Enthaltungen, tun würde (kein Autor 2020g).

Am 17. November aber überstellte Fernández den Gesetzesentwurf erst einmal an den Kongress, kündigte die Umsetzung des *Plan de los 1000 días* an – und „argued that the two bills

he would send to Congress were not an attempt to solve the abortion issue, but rather an attempt to tackle the reality that exists in Argentina today“ (kein Autor 2020e, o.S.). Im Gegensatz zu Polen kristallisierte sich hier, ausgehend vom Präsidenten mit einer qua seines Amtes etablierten Vermittler-Position, ein grundlegend anderer Ton heraus:

„I ask you [...] that we maintain respect for those who think differently from our own. Differences make us a plural society and enrich the democracy that it took us so much effort to consolidate.“ (kein Autor 2020e, o.S.)

Wohl auch weil die Exekutive zum ersten Mal in Argentinien Geschichte für solch ein Gesetz einstand, deutete sich mit dem Beginn der Kongressdebatte am 01. Dezember ein möglicher Sieg der liberalen Koalition an, als auch immer mehr Senatoren ihre Zustimmung zur Legalisierung kundtaten (kein Autor 2020f): Durch die Debatte in den Ausschüssen konnten entscheidende Stimmen wie die von Senatorin García Larraburu gewonnen werden – andere wiederum wie Juan Carlos Marino entschieden sich vor der Abstimmung am 29. Dezember doch für ein Nein (kein Autor 2020h). Schließlich zeigte sich die Regierung auch kompromissbereit, indem sie einer Änderung im Gesetzestext zustimmte, um die bis zuletzt unklaren Mehrheitsverhältnisse zu beeinflussen (kein Autor 2020i): „It will see the word ‚integral‘ removed from a section referring to potential abortions in the case of the woman’s health being at risk“ (kein Autor 2020j, o.S.). So lassen sich Elemente einer verhandelten Übereinkunft erkennen, wenngleich der Motor für den Wandel nach wie vor das policy-orientierte Lernen in der Exekutive war. Dieses war ausschlaggebend für den Erfolg des Gesetzes: In diesem werden Abtreibungen bis zur 14. Schwangerschaftswoche erlaubt und den Ärzten aber die Möglichkeit gegeben, einen Abbruch aufgrund ihrer moralischen Überzeugung abzulehnen. Jedoch müssen sie in solch einem Fall die Frau unverzüglich an einen anderen behandelnden Arzt überweisen, der den Abbruch dann vornimmt. Während noch 2018 weder Präsident Mauricio Macri noch Vizepräsidentin Gabriela Michetti die Legalisierung unterstützten, stellte sich dies 2020 anders dar – zum ersten Mal überhaupt befürwortete ein Präsident die Legalisierung (kein Autor 2020f und 2020g).

Der Politikwandel überwand auch Parteigrenzen: Nur weil einige Senatoren aus Oppositionsparteien für das Gesetz stimmten – da sich nicht alle peronistischen Senatoren Fernández angeschlossen hatten –, war die Legalisierung überhaupt möglich (kein Autor 2021a). Denn als die Senatoren Stella Maris Olalla, Lucía Crexell und Sergio Leavy, die sich lange nicht zu ihrer aktuellen Position äußern wollten, ihre Zustimmung mit der liberalen Koalition kundtaten,

zeichnete sich der Erfolg des angestoßenen Politikwandels immer mehr ab. So lässt sich anhand ihrer Begründungen, die hier exemplarisch aufgeführt werden, der grundlegende Wandel in den Belief-Systemen seit 2018 nachvollziehen.

Stella Maris Olalla: *„It is a question of rights. The State must choose the continuity of a pregnancy or not according to the autonomy of a woman's will. Maintaining the prohibition [on abortion] will not eliminate the clandestine system that exists.“* (kein Autor 2020k, o.S.)

Lucía Crexell: *„I am not indifferent to the drama of clandestine abortion that criminalises woman in vulnerable situations. [...] I believe this law doesn't change anything for those who oppose it, but [it does] for those who do not have it. Denying the reality of so many abortions that exist in the country is a great act of hypocrisy.“* (kein Autor 2020k, o.S.)

Sergio Leavy: *„Personally, I am opposed, I hate abortion. Clearly, we Argentines are opposed, but it [clandestine abortion] exists. [...] In 2018 I participated in the debate, [but] it was a different law. This law is improved. I have realised that it is not about me, my beliefs or my training – it is a situation that concerns many women. [...] I have tried to understand women who decide to have an abortion and I have realised that this law does not oblige them to have an abortion, it only gives them a legal and safe framework.“* (kein Autor 2020k, o.S.)

Folglich wird klar, dass das policy-orientierte Lernen einerseits bei der Fernández-Regierung eingesetzt hatte, damit diese überhaupt erst den Wandel anstoßen konnte – andererseits aber auch im Senat entscheidend war: Lucía Crexell und Sergio Leavy zum Beispiel waren persönlich eigentlich gegen Abtreibung, hatten aber den Lernprozess durchgemacht, dass die Legalisierung von Abtreibung in der Tat eine Frage von sozialer Gerechtigkeit und Public Health ist – und dieser Umstand wichtiger ist als ihre eigenen moralischen Überzeugungen. Daraus folgt, dass neue, gewichtigere Argumente hinzukamen, die die bereits existierenden überlagerten.

5 Fazit

Diese Bachelorarbeit hat untersucht, warum es 2020 – angesichts eines globalen Trends der Liberalisierung von Abtreibungsgesetzgebung (vgl. Hildebrandt 2015) – in den stark katholisch geprägten Staaten Polen und Argentinien einen gegensätzlichen Politikwandel im Bereich der Abtreibungspolitik gab. Ausgangspunkt der Analyse war in beiden Untersuchungseinheiten ein restriktives Abtreibungsrecht, das Frauen nur bei der Erfüllung strenger Tatbestandsmerkmale einen Schwangerschaftsabbruch erlaubte.

Ausschlaggebend für die Verschärfung einerseits und die Legalisierung andererseits sind mehrere Faktoren: Beide Staaten zeichnen sich (1) durch eine nach wie vor hohe Religiosität aus,

der Katholizismus ist tief in beiden Gesellschaften verankert. Entscheidend ist jedoch, dass ein hoher Katholikenanteil in der Bevölkerung nicht automatisch mit einem hohen Vertrauen in die Institution Kirche gleichgesetzt werden darf.

Denn in Polen und Argentinien wirkt (2) die Stellung der Institution Kirche während des autoritären Regimes bis heute nach. Während sich die Kirche in Polen größtenteils auf die Seite der polnischen Bevölkerung bzw. gegen die externen Besatzer aus Moskau stellte und eine Art Refugium für zivilgesellschaftliche und regimekritische Akteure war, gingen Anhänger der Militärdiktatur in Argentinien aufs Schärfste gegen Bürger mit einem auch nur minimal linken Mindset vor und folterten buchstäblich mit dem Segen der Kirche. Folglich ist in Polen die nationale mit der religiösen Identität bis heute fusioniert, in Argentinien hingegen wurde die neue nationale Identität nach 1983 betont nicht-religiös konstruiert.

Hinzukommt, dass (3) nach Blofield (2008) eine starke Frauenbewegung in der Tat ausschlaggebend für eine Liberalisierung bzw. Legalisierung von Abtreibung ist: Ohne *Ni Una Menos* wäre der Politikwandel in Argentinien niemals erreicht worden – die Bewegung zeichnete sich gerade dadurch aus, dass sie milieu- und altersübergreifend operierte, nichtsdestotrotz einheitliche Policy-Forderungen stellte und vor allem den Diskurs dahingehend beeinflusste, dass statt Religion nun gesundheits- und sozialpolitische Aspekte im Vordergrund standen. Zwar ist in Polen auch schon seit Jahrzehnten eine Frauenbewegung aktiv, doch stolperte diese nach ihrem vorläufigen Erfolg 2016 darüber, dass die involvierten Frauen für verschiedene Dinge auf die Straße gegangen waren und deren Aktionen fast schon zu dezentral waren, als dass sie sich wirkungsvoll in den Policy-Prozess hätten einbringen können.

Und (4) hat sich in Anlehnung an Blofield (2008) auch in diesem Fallvergleich gezeigt, dass linke Parteien mit institutioneller Entscheidungsbefugnis im Policy-Prozess ausschlaggebend für eine mögliche Liberalisierung des Abtreibungsrechts sind: In Polen sind diese zwar existent – aber spielen so gut wie keine Rolle angesichts der rechtskonservativen PiS-Regierung. In Argentinien hingegen machte der PJ, der von linkspopulistisch bis gemäßigt links einzustufen ist, nach den zwölf Jahren Regierung unter Néstor Kirchner und Cristina Fernández de Kirchner einen eklatanten Wandel des Belief-Systems durch – sodass Alberto Fernández 2019 dann die Legalisierung zu einem zentralen Wahlkampfversprechen machen konnte. Auch wenn sich der PJ lange Zeit gegen eine Legalisierung von Abtreibung positioniert hatte, kam es bei dem Politikwandel 2020 darauf an, dass Fernández sich als Schlüsselfigur im politischen System für eine Legalisierung aussprach.

Es lässt sich also resümieren, dass diese Bachelorarbeit den Policy-Prozess bis zur Politikformulierung analysiert hat – und dabei festgestellt hat, dass sich die politische Handhabung von Abtreibung auch in Ländern, die auf den ersten Blick ähnliche Rahmenbedingungen aufweisen, stark unterscheiden kann (vgl. Nebel und Hurka 2015). Inwieweit die Implementation und Evaluation der verabschiedeten Gesetze von statten gehen, bedarf weiterer Forschung. Anlässe gäbe es dafür allemal: In Argentinien klagen zurzeit anti-Abtreibungsaktivisten gegen die Legalisierung und gerade in ländlichen Gegenden findet sich oft kein Arzt, der einen Abbruch vornehmen möchte – da er von der Gewissensklausel Gebrauch macht (Politi 2021). Und in Polen hangelt sich die PiS von Umfragetief zu Umfragetief, während immer mehr Polen die Regierungspolitik kritisch sehen und sich auch von der Institution Kirche abwenden. Folglich zeigt sich, dass das moralpolitische Forschungsinteresse dieser Bachelorarbeit auch über 2020 hinaus relevant ist – und die Entwicklungen in Polen und Argentinien weiter untersucht werden sollten.

Literaturverzeichnis

Ayerdi, R. (2020) „Vilmar Ibarra: ‘Both Alberto and Cristina know this coalition works with both of them’“, *Buenos Aires Times*, 20. Juli. Erreichbar unter: <https://t1p.de/axkg> (aufgerufen am 19. April 2021).

Bertrand, J. (2020) „Feminists continue struggle for women's rights in Latin America“, *Buenos Aires Times*, 27. Februar. Erreichbar unter: <https://t1p.de/5gzz> (aufgerufen am 19. April 2021).

Blofield, M. (2008) „Women’s Choices in Comparative Perspective: Abortion Policies in Late-Developing Catholic Countries“, *Comparative Politics*, 40(4), S. 399-419.

Blofield, M., Ewig, C. und Piscopo, J. (2017) „The Reactive Left: Gender Equality and the Latin American Pink Tide“, *Social Politics*, 24(4), S. 345-369.

Blofield, M. und Ewig, C. (2017) „The Left Turn and Abortion Politics in Latin America“, *Social Politics*, 24(4), S. 481-510.

Borowik, I. (2002) „The Roman Catholic Church in the Process of Democratic Transformation: The Case of Poland“, *Social Compass*, 49(2), S. 239-252.

Budde, E. *et al.* (2018) „A matter of timing: The religious factor and morality policies“, *Governance*, 31, S. 45-63.

Budde, E. (2018) „Surprisingly Permissive: Abortion, Same-Sex Marriage and Legal Gender Recognition Policy in post-Authoritarian South Africa and Argentina“, doi: 10.5282/edoc.23838.

Buscaglia, (2015) „#NiUnaMenos: sin banderías, una sola consigna será el clamor de todos“, *La Nación*, 03. Juni. Erreichbar unter: <https://t1p.de/20em> (aufgerufen am 21. Juni 2021).

Daby, M. und Moseley, M. (2021) „Feminist Mobilization and the Abortion Debate in Latin America: Lessons from Argentina“, *Politics & Gender*, doi: 10.1017/S1743923X20000197.

Easton, A. (2020) „Poland abortion: Top court bans almost all terminations“, *BBC*, 23. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/f4rt> (aufgerufen am 03. Mai 2021).

Eglau, V. (2019) „Argentinien's Populismus für alle“, *Deutschlandfunk Kultur*, 13. November. Erreichbar unter: <https://t1p.de/zwkr> (aufgerufen am 16. Juni 2021).

- Florkiewicz, P. *et al.* (2021) „As Poland's Church embraces politics, Catholics depart“, *Reuters*, 03. Februar. Erreichbar unter: <https://t1p.de/pw9o> (aufgerufen am 13. Juni 2021).
- Fuchs, G. (2013) „Using strategic litigation for women’s rights: Political restrictions in Poland and achievements of the women’s movement“, *European Journal of Women’s Studies*, 20(1), S. 21-43.
- Gnauck, G. (2020) „Heiliger Zorn“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. November. Erreichbar unter: <https://t1p.de/p7kx> (aufgerufen am 12. März 2021).
- Goñi, U. (2018) „Argentines formally leave Catholic church over stance on abortion“, *The Guardian*, 09. September. Erreichbar unter: <https://t1p.de/6833> (aufgerufen am 01. Mai 2021).
- Grzymała-Busse, A. (2015a) *Nations under God*. Princeton: Princeton University Press.
- Grzymała-Busse, A. (2015b) „Thy Will Be Done? Religious Nationalism and Its Effects in East Central Europe“, *East European Politics and Societies and Cultures*, 29(2), S. 338-351.
- Grzymała-Busse, A. (2016) „Religion and European Politics“, in Fioretos, O., Falleti, T. und Sheingate, A. (Hrsg.) *The Oxford Handbook of Historical Institutionalism*. New York: Oxford University Press, S. 467-485.
- Grzymała-Busse, A. und Slater, D. (2018) „Making Godly Nations: Church-State Pathways in Poland and the Philippines“, *Comparative Politics*, 50(4), S. 545-564.
- Gupta, K. (2014) „A Comparative Policy Analysis of Coalition Strategies: Case Studies of Nuclear Energy and Forest Management in India“, *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice*, 16(4), S. 356-372.
- Gwiazda, A. (2020) „Right-wing populism and feminist politics: The case of Law and Justice in Poland“, *International Political Science Review*, Populism and Feminist Politics Special Issue, S. 1-16.
- Hall, B. (2019) „Gendering Resistance to Right-Wing Populism: Black Protest and a New Wave of Feminist Activism in Poland?“, *American Behavioral Sciences*, 63(10), S. 1497-1515.

Han, H., Swedlow, B. und Unger, D. (2014) „Policy Advocacy Coalitions as Causes of Policy Change in China? Analyzing Evidence from Contemporary Environmental Politics“, *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice*, 16(4), S. 313-334.

Hassel, F. (2020a) „Polen bewegt sich auf Abtreibungsverbot zu“, *Süddeutsche Zeitung*, 16. April. Erreichbar unter: <https://t1p.de/iyay> (aufgerufen am 03. Mai 2021).

Hassel, F. (2020c) „Verfassungsgericht verhängt Abtreibungsverbot - ohne Ausnahme“, *Süddeutsche Zeitung*, 22. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/ek8w> (aufgerufen am 04. Mai 2021).

Heichel, S., Knill, C. und Schmitt, S. (2013) „Public policy meets morality: conceptual and theoretical challenges in the analysis of morality policy change“, *Journal of European Public Policy*, 20(3), S. 318-334.

Heiman, J. und Hoffman, A. (2020) „Thousands rally to demand gender equality in National Feminist Strike“, *Buenos Aires Times*, 09. März. Erreichbar unter: <https://t1p.de/v2ba> (aufgerufen am 19. April 2021).

Heinen, J. und Portet, S. (2010) „Reproductive rights in Poland: when politicians fear the wrath of Church“, *Third World Quarterly*, 31(6), S. 1007-1021.

Henry, A. et al. (2014) „Policy Change in Comparative Contexts: Applying the Advocacy Coalition Framework Outside of Western Europe and North America“, *Journal of Comparative Policy Analysis*, 16(4), S. 299-312.

Hildebrandt, A. (2015) „What Shapes Abortion Law? – A Global Perspective“, *Global Policy Volume*, 6(4), S. 418-428.

kein Autor (2019a) „Der polnischen Kirche rennt die Jugend davon“, *MDR*, 22. August. Erreichbar unter: <https://t1p.de/qt0t> (aufgerufen am 10. Juni 2021).

kein Autor (2019b) „New government publishes new guidelines for non-punishable abortions“, *Buenos Aires Times*, 13. Dezember. Erreichbar unter: <https://t1p.de/yo91> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2020a) „Government confirms abortion bill delayed until 2021“, *Buenos Aires Times*, 14. August. Erreichbar unter: <https://t1p.de/7gol> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2020b) „Activists renew call for abortion reform in Argentina“, *Buenos Aires Times*, 27. September. Erreichbar unter: <https://t1p.de/qvwf> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2020c) „Fernández says government is 'finishing work' on bill to legalise abortion“, *Buenos Aires Times*, 27. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/3fas> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2020d) „Abortion reform battle set to begin – but how will senators vote?“, *Buenos Aires Times*, 31. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/v8vv> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2020e) „Fernández sends Congress bill to legalise abortion in Argentina“, *Buenos Aires Times*, 17. November. Erreichbar unter: <https://t1p.de/agj6> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2020f) „Congress begins debate on bill to legalise abortion“, *Buenos Aires Times*, 01. Dezember. Erreichbar unter: <https://t1p.de/ciho> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2020g) „Bill to legalise abortion heads to Senate with outcome uncertain“, *Buenos Aires Times*, 12. Dezember. Erreichbar unter: <https://t1p.de/7kphv> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2020h) „Senate prepares for Tuesday’s historic abortion bill vote“, *Buenos Aires Times*, 26. Dezember. Erreichbar unter: <https://t1p.de/wxdc> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2020i) „Numbers tight as Senate prepares for historic abortion bill vote“, *Buenos Aires Times*, 28. Dezember. Erreichbar unter: <https://t1p.de/k1g7> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2020j) „Senate opens debate on landmark abortion bill“, *Buenos Aires Times*, 29. Dezember. Erreichbar unter: <https://t1p.de/67oe> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2020k) „Argentina nears legal abortion as undecided senators show support“, *Buenos Aires Times*, 29. Dezember. Erreichbar unter: <https://t1p.de/bmow> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2021a) „Feminist ‘green tide’ delivers legal abortion in Argentina“, *Buenos Aires Times*, 02. Januar. Erreichbar unter: <https://t1p.de/7map> (aufgerufen am 19. April 2021).

kein Autor (2021b) „Poland enforces controversial near-total abortion ban“, *BBC*, 28. Januar. Erreichbar unter: <https://t1p.de/f3p5> (aufgerufen am 03. Mai 2021).

Kingiri, A. (2014) „Comparative Strategic Behavior of Advocacy Coalitions and Policy Brokers: The Case of Kenya’s Biosafety Regulatory Policy“, *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice*, 16(4), S. 373-395.

KNA (2020) „Argentinien’s Präsident Fernandez beim Papst: Entspannte Begegnung“, *domradio*, 31. Januar. Erreichbar unter: <https://t1p.de/62sn> (aufgerufen am 16. Juni 2021).

KNA et al. (2016) „Polnisches Parlament lehnt Abtreibungsverbot ab“, *Zeit Online*, 06. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/z92e> (aufgerufen am 14. Juni 2021).

Knill, C. (2013) „The study of morality policy: analytical implications from a public policy perspective“, *Journal of European Public Policy*, 20(3), S. 309-317.

Knill, C., Preidel, C. und Nebel, K. (2015) „Einleitung: Moralpolitik als Analysegegenstand“, in Knill, C. et al. (Hrsg.) *Moralpolitik in Deutschland. Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte im historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden: Springer VS, S. 15-24.

Król, A. und Pustułka, P. (2018) „Women on strike: mobilizing against reproductive injustice in Poland“, *International Feminist Journal of Politics*, 20(3), S. 366-384.

Kulczycki, A. (2014) „A Comparative Study of Abortion Policymaking in Brazil and South America: The Saliency of Issue Networks and Policy Windows“, *Journal of Comparative Policy Analysis*, 16(1), S. 62-78.

Mishtal, J. (2015) *The Politics of Morality: The Church, the State, and Reproductive Rights in Postsocialist Poland*. Athens: Ohio University Press.

Montefrio, M. (2014) „State versus Indigenous Peoples’ Rights: Comparative Analysis of Stable System Parameters, Policy Constraints and the Process of Delegitimation“, *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice*, 16(4), S. 335-355.

Nebel, K. und Hurka, S. (2015) „Abortion: finding the impossible compromise“, in Knill, C. et al. (Hrsg.) *On the Road to Permissiveness? Change and Convergence of Moral Regulation in Europe*. Oxford: Oxford University Press.

Negron, N. und Rayes, C. (2020) „Argentina braces anew for abortion battle“, *Buenos Aires Times*, 05. März. Erreichbar unter: <https://t1p.de/6skb> (aufgerufen am 19. April 2021).

Noguera, A. (2019) „Argentina’s Path to Legalizing Abortion: A Comparative Analysis of Ireland, The United States and Argentina“, *Southwestern Journal of International Law*, 25(2), S. 356-392.

Pallovak, J. (2020a) „Polen: Gericht verschärft Abtreibungsverbot“, *Tagesschau*, 22. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/pffv> (aufgerufen am 10. März 2021).

Pallovak, J. (2020b) „Polen: Heftige Proteste gegen Abtreibungsverbot“, *Tagesschau*, 23. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/frcn> (aufgerufen am 10. März 2021).

Pallovak, J. (2020c) „Proteste gegen Abtreibungsverbot: ‚Hier ist Polen, nicht der Vatikan‘“, *Tagesschau*, 26. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/tosf> (aufgerufen am 10. März 2021).

Pallovak, J. (2020d) „Abtreibungsverbot in Polen: Tumulte im Warschauer Parlament“, *Tagesschau*, 27. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/p6kp> (aufgerufen am 10. März 2021).

Pallovak, J. (2020e) „Abtreibungsverbot in Polen: PiS ruft zur ‚Verteidigung der Kirchen‘ auf“, *Tagesschau*, 28. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/610x> (aufgerufen am 10. März 2021).

Pallovak, J. (2020f) „Abtreibungsverbot in Polen: Zehntausende protestieren in Warschau“, *Tagesschau*, 30. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/ghec> (aufgerufen am 10. März 2021).

Pallovak, J. (2021a) „Polen: Verschärftes Abtreibungsgesetz tritt in Kraft“, *Tagesschau*, 28. Januar. Erreichbar unter: <https://t1p.de/lt6n> (aufgerufen am 10. März 2021).

Pallovak, J. (2021b) „Polen nach dem Abtreibungsurteil: ‚Es führt vor allem zu Angst‘“, *Tagesschau*, 23. Februar. Erreichbar unter: <https://t1p.de/h5rc> (aufgerufen am 10. März 2021).

Phillips, T., Booth, A. und Goñi, U. (2020) „Argentina legalises abortion in landmark moment for women's rights“, *The Guardian*, 30. Dezember. Erreichbar unter: <https://t1p.de/t0es> (aufgerufen am 19. April 2021).

Politi, D. (2021) „Abortion Is Now Legal in Argentina, but Opponents Are Making It Hard to Get“, *New York Times*, 7. März. Erreichbar unter: <https://t1p.de/xu1f> (aufgerufen am 19. April 2021).

Ramet, S. (2006) „„Dein Wille geschehe“: Zum Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Politik in Polen seit 1989“, in Behr, H. und Hildebrandt, M. (Hrsg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 281-310.

Requena, M. und Stanek, M. (2014) „Religiosity and politics in Spain and Poland: A period effect analysis“, *Social Compass*, 61(3), S. 348-367.

Sabatier, P. (1988) „An Advocacy Coalition Framework of Policy Change and the Role of Policy-Oriented Learning Therein“, *Policy Sciences*, 21(2), S. 129-168.

Sabatier, P. (1998) „The advocacy coalition framework: revisions and relevance for Europe“, *Journal of European Public Policy*, 5(1), S. 98-130.

Sabatier, P. und Jenkins-Smith, H. (1999) *The advocacy coalition framework: An assessment*, in Sabatier, P. (Hrsg.) *Theories of the Policy Process*. Boulder: Westview Press, S. 117-166.

Sabatier, P. und Weible, C. (2007a) „The Advocacy Coalition Framework: Innovations and Clarifications“, in Sabatier, P. (Hrsg.) *Theories of the Policy Process*. Boulder: Westview Press, S. 189-222.

Sabatier, P. und Weible, C. (2007b) „A Guide to the Advocacy Coalition Framework“, in Fischer, F., Miller, G. und Sidney, M. (Hrsg.) *Handbook of Public Policy Analysis: Theory, Politics, and Methods*. Boca Raton: CRC Press, S. 123-137.

Sahgal, N. und Cooperman, A. (2017) *Religious Belief and National Belonging in Central and Eastern Europe*. Washington D.C.: Pew Research Center.

Samuel, L. (2020) „Activists revive struggle for 'urgent' legalisation of abortion in Argentina“, *Buenos Aires Times*, 31. Oktober. Erreichbar unter: <https://t1p.de/iy0z> (aufgerufen am 19. April 2021).

Seawright, J. und Gerring, J. (2008) „Case Selection Techniques in Case Study Research: A Menu of Qualitative and Quantitative Options“, *Political Research Quarterly*, 61(2), S. 294-308.

Szelewa, D. (2016a) „Killing ‘Unborn Children’? The Catholic Church and Abortion Law in Poland Since 1989”, *Social & Legal Studies*, 25(6), S. 741-764.

Szelewa, D. (2016b) „The Policy on Gender Equality in Poland – Update“, *European Parliament*, ohne Datum. Erreichbar unter: <https://t1p.de/u5ke> (aufgerufen am 12. März 2021).

The Editors of Encyclopaedia Britannica (2019) „Abortion“, *Britannica*, 27. Dezember. Erreichbar unter: <https://t1p.de/1avo> (aufgerufen am 04. Juli 2021).

Twitter (2020a) *Pope Francis @Pontifex Dec 29, 2020*. Erreichbar unter: <https://t1p.de/ev7n> (aufgerufen am 22. Juni 2021).

Twitter (2020b) *Alberto Fernández @alferdez Dec 30, 2020*. Erreichbar unter: <https://t1p.de/sats> (aufgerufen am 22. Juni 2021).

Twitter (2021) *Donald Tusk @donaldtusk Jan 27, 2021*. Erreichbar unter: <https://t1p.de/9pn1> (aufgerufen am 22. Juni 2021).

Vanderbilt University (2021) *Latin American Public Opinion Project: Data Playground*. Erreichbar unter: <https://www.vanderbilt.edu/lapop/interactive-data.php> (aufgerufen am 11. Juni 2021).

Walker, S. (2020a) „Concerns over Polish government tightening abortion laws during Covid-19 crisis“, *The Guardian*, 14. April. Erreichbar unter: <https://t1p.de/i13t> (aufgerufen am 17. Mai 2021).

Walker, S. (2020b) „Polish parliament delays decision on new abortion restrictions“, *The Guardian*, 16. April. Erreichbar unter: <https://t1p.de/3km4> (aufgerufen am 07. Mai 2021).